

# newsletter

Solidarität hilft siegen!



# #2

## **Anstelle eines Vorwortes:**

Dies ist die dritte Ausgabe des Newsletters. Wir haben unsere Themenwahl wieder nicht nur auf regionale Ereignisse beschränkt, sondern auch internationale Themen aufgegriffen. Neu sind unsere Tipps, welche wir versuchen werden in loser Reihenfolge fortzusetzen. Besonderes Augenmerk solltet Ihr auf unseren Artikel zum Thema "Aussageverweigerung" legen. Wir sind im Übrigen dankbar für Anregungen und Kritik und auch über eine Zuarbeit werden wir uns nicht beklagen.

## **Wer ist die ROTE HILFE**

Die ROTE HILFE ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität

für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiterbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf und der

Kampf gegen die Kriegsgefahr. Wir vermitteln geeigneten Rechtsbeistand und finanzielle Hilfe bei hohen Prozess- und Anwaltskosten, versuchen die linken Gruppen und Organisationen über Demoverhalten, Gesetzesverschärfungen usw. aufzuklären, im Rahmen unserer Möglichkeiten machen wir Öffentlichkeitsarbeit gegen die staatliche Repression...

Das alles setzt aktive Menschen in den Ortsgruppen und hohe finanzielle Mittel voraus. Deshalb ist es unser Ziel, dass es zur Selbstverständlichkeit für jeden fortschrittlichen Menschen wird, in der ROTEN HILFE Mitglied (und aktiv!) zu sein.

## **Spendenkonto:**

Konto-Nr. 151 907 703, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

## **Rechtsberatung**

jeden 2. Mittwoch (ungerade Woche) 18.00 - 20.00 Uhr  
im Cafe "Madia" Lindenstraße 53

**ROTE HILFE e.V. - Ortsgruppe Potsdam**

**c/o Infoladen Lindenstraße 53,**

**14467 Potsdam**

[www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de), e-mail: [potsdam@rote-hilfe.de](mailto:potsdam@rote-hilfe.de)

*Herausgeber: "Brandenburger Aktiventreffen der Roten Hilfe e.V."*

**Redaktioneller Hinweis I:** Die hier abgedruckten Artikel sind zum Teil Veröffentlichungen anderer Gruppen und geben nicht automatisch die Meinung der Redaktion wieder.

**Redaktioneller Hinweis II:** Der Newsletter bleibt Eigentum des Aktiventreffens der Roten Hilfe bis zur persönlichen Aushändigung an die/den Gefangene/n. Zur-Habnahme ist keine persönliche Aushändigung.

**Redaktioneller Hinweis III:** Auflage 200 Stk.

### *Inhalt:*

*-Anstelle eines Vorwortes*

*-Der „dauerhafte Frieden“ - Willkommen im Überwachungsstaat*

*-Erfassen, katalogisieren, Speicher auswerten - um jeden Preis!*

*-Der Verfassungsschutz in Brandenburg*

*-Polizei veranstaltet Chaostage in Cottbus*

*-Das leidige Thema innere Sicherheit*

*-Der MEGA auf die Finger geschaut - Sonder-Polizeinheiten gegen Rechts in Brandenburg und Berlin*

*-Der Polizeieinsatz beim und nach dem DFB-Pokalspiel SV Babelsberg 03 - Hertha BSC*

*-Verdattung, Ausreiseverbote und Meldeauflagen*

*-Anna und Arthur halten immer noch das Maul!*

*-Tipps*

*-Kurzmeldungen*

*-Der Anti-Terror-Krieg nimmt Zapatistas ins Visier*

*-Pressemitteilung des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V. zur Freilassung von Rolf Heißler*

\*\*\*\*\*

## **Der „dauerhafte Frieden“ - Willkommen im Überwachungsstaat**

Am 11. September 2001 hat mit den verurteilungswürdigen Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon in Washington eine Zäsur stattgefunden, so einhellig die

Schlagzeilen in den Medien und die Aussagen der PolitikerInnen. Während hier alle auf den Krieg warteten, rannten die Law-and-Order-StrategInnen mit den Wunschzetteln der Geheimdienste und Verfolgungsbehörden bereits bei PolitikerInnen offene Türen ein. Sämtliche undemokratischen Tabuthemen der Nachkriegsordnung stehen auf der Tagesordnung, die rot-grüne Regierungskoalition und die konservative Opposition übertreffen sich in den Vorschlägen zum Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Die Innenpolitik wird derzeit zur Fortsetzung des Krieges mit sicherheitspolitischen Mitteln. Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Aufhebung der Trennung von Geheimdiensten und Polizei, die Aufhebung des Datenschutzes und die Abschaffung der Unschuldsvermutung, die früher auf einen breiten Widerstand stießen, werden derzeit auf breiter Basis umgesetzt. GegnerInnen dieser Maßnahmen werden diffamiert und ausgegrenzt. Das zeigen nicht zuletzt die Äußerungen gegen Ulrich Wickert, als dieser von ähnlichen Gedankenstrukturen zwischen Bin Laden und George W. Bush philosophierte. Ohne diese Meinung teilen zu müssen, muss auch für „unbequeme“ Meinungen das Recht auf freie Meinungsäußerung gelten. Es scheint, als hätten die SicherheitsstrategInnen nur auf diesen Moment gewartet, um ihre lang nicht durchsetzbaren Träume vom Orwell´schen Staat umzusetzen. Dass es ihnen dabei gar nicht um die Bekämpfung des Terrorismus geht, zeigt sich z.B. an der Feststellung von CDU-Mitgliedern des Berliner Innenausschusses, die zugeben mussten, dass alle getroffenen Maßnahmen den Anschlag gegen das World Trade Center nicht hätten verhindern können. Sogar der ehemalige Innenminister Baum (FDP), der unter anderem die sogenannten „Terroristengesetze“ in den 70er Jahren zu verantworten hat, stellt die derzeit getroffenen Maßnahmen weitgehend in Frage. Man kann die Demokratie nicht schützen indem man sie abschafft.

### **Das Inkrafttreten der Notstandsgesetze**

Durch eine rot-grüne Regierung, der zahlreiche ehemals erbitterte GegnerInnen von Notstands- und „Anti-Terrorie-Sondergesetzen“ angehören, wurde der Ausrufung des NATO-Bündnisfalls nach §5 des Beistandsvertrages zugestimmt. Damit wurde zum ersten Mal in der Geschichte der BRD ein Teil der 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze in Kraft gesetzt. Den Behörden und Exekutiven wird damit der Schlüssel zu den sog. „einfachen Notstandsgesetzen“ gereicht, in denen die Versorgung der Zivilbevölkerung, der Streitkräfte und anderer „Bedarfsträger“ geregelt wird: Das Verkehrsicherungsgesetz etwa ermächtigt zum Eingriff in die Verkehrsplanung und Personenbeförderung. Das Wirtschaftssicherungsgesetz regelt den staatlichen Zugriff auf die gewerbliche Wirtschaft, ähnliches beim Ernährungssicherstellungsgesetz. Ebenso in Kraft getreten ist das erweiterte Katastrophenschutzgesetz.

Bisher ist keine Anwendung der Notstandsgesetze bekannt, dennoch wurde mit der Endriegelung dieser Gesetze ohne Bundestagsbeschluss das bisher praktizierte Prinzip des „Parlamentsvorbehalts“ außer Kraft gesetzt, eine zukünftige Anwendung in innenpolitischen Krisen ist damit prinzipiell möglich geworden. Diese Gesetze richten sich nicht gegen so genannte „Terroristen“, sondern gegen alle in Deutschland lebenden Menschen.

## **Im Laufschrift ins Jahr 1984**

Die weiteren Verschärfungen, die bereits als „Anti-Terror-Maßnahmen“ verabschiedet wurden oder noch in den Schubladen der Law-and-Order-StrategenInnen lagern, stellen anders als das Inkrafttreten eines Teils der Notstandsgesetze keine Neuerung dar, sondern sind nur die konsequente Weiterführung eines Abbaus von Grund- und Bürgerrechten, der bereits vor Jahren begonnen hat, jetzt jedoch auf der Überholspur. Am 18. September beschloss die Innenministerkonferenz (IMK) ein „Maßnahmenbündel zur Bekämpfung extremistischer und terroristischer Bedrohung“, das folgende Punkte umfasst:

- Einführung einer restriktiveren Visa-Erteilung, mit Überprüfung von Besuchszweck und Besuchsadresse, Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für Identifizierungsmaßnahmen und Datenübermittlung an Sicherheitsbehörden sowie bei BesucherInnen „bestimmter Staaten“ Überprüfung durch den Verfassungsschutz.
- Wiedereinführung der Rasterfahndung zum Aufspüren „islamistischer Terroristen, die Deutschland als Ruheraum oder logistische Basis nutzen“. Das heißt, wer einem oder mehreren Merkmalen dieses Rasters entspricht (sei es durch Herkunft, Vereinszugehörigkeit, Freundeskontakte, Arbeitsplatz o.ä.) wird automatisch verdächtig und überwachtungswürdig. In den siebziger Jahren landeten durch die Rasterfahndung bei der Suche nach RAF-Mitgliedern und „SympathisantInnen“ tausender von Menschen in Polizeiakten und wurden überwacht und kriminalisiert. In der heutigen gesellschaftlichen Stimmung ist die Rasterfahndung, wie sie derzeit schon an bundesdeutschen Hochschulen eingesetzt wird, diskriminierend und rassistisch. Vorhandene Ressentiments werden geschürt, ganze Bevölkerungsgruppen als Kriminelle vorverurteilt.
- strengere Sicherheitsüberprüfungen für Flughafenpersonal. Das kann zur Folge haben, dass ArbeiterInnen entweder ihren Arbeitsplatz verlieren oder nicht angestellt werden, weil sie in obigem Raster hängen bleiben.
- Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen zum Einsatz der Bundeswehr nicht nur zur Sicherung von NATO- und Bundeswehreinrichtungen, sondern auch zum Schutz anderer „gefährdeter Objekte“. Damit wird der langgehegte Plan, die Bundeswehr auch zur Sicherung der „inneren Sicherheit“ einsetzen, möglicherweise in die Realität umgesetzt. Erstmals droht diese Tatsache auch auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu stoßen. Sogar die wenigen Lehren, die 1948 aus dem Faschismus gezogen wurden (z.B. Trennung von Geheimdiensten und Polizei oder auch das Verbot des Einsatzes der Armee im Inneren) scheinen mittlerweile bei Medien und Bevölkerung in Vergessenheit geraten zu sein.
- Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Übermittlung von Daten des Bundesamtes zur Anerkennung politischer Flüchtlinge an Sicherheitsbehörden. Datenschutz scheint für diese Bevölkerungsgruppe damit fast vollständig der Vergangenheit anzugehören. Damit wird der weiteren Verfolgung politischer Oppositioneller (z.B. Mitglieder demokratischer oder linker Gruppierungen im Herkunftsland) durch hiesige Behörden freie Bahn geschaffen. Ebenso soll ein automatisierter Fingerabdruckabgleich aus dem Asylantragsverfahren mit Dateien des Bundeskriminalamts erfolgen. Schon in Gesetze gegossen wurde ein Zusatz zum Sondergesetz §129 im Strafgesetzbuch. Der §129b stellt jetzt auch die Mitgliedschaft/Unterstützung in einer terroristischen Vereinigung unter Strafe, die ihren Sitz im Ausland hat. Es ist anzunehmen, dass in Zukunft eine

willkürlich wählbare oder konstruierbare „terroristische Vereinigung“ im Ausland benutzt wird, um AusländerInnen in der BRD zu kriminalisieren und nach §129 zu verfolgen, obwohl ihnen keine Straftat nachgewiesen werden kann. Als Unterstützung im Sinne des §129 gilt ja nach gängiger Rechtsprechung schon eine Meinungsäußerung zugunsten einer solchen Vereinigung. Denkbar ist auch, dass politische Flüchtlinge, deren oppositionelle Organisationen oder Befreiungsbewegungen in den Heimatländern ja meist als „terroristisch“ bezeichnet werden, hier in der BRD weiter verfolgt werden. Nach welchen Kriterien erfolgt die Einstufung einer sog. „terroristischen Vereinigung“? Wie soll ein Beweis bzw. Gegenbeweis erbracht werden, dass eine Vereinigung im Ausland als „terroristisch“ einzustufen ist? Der juristischen Willkür ist Tür und Tor geöffnet! Darüber hinaus werden allerorts weitere Lösungskonzepte auf den Tisch gelegt: der bayerische Innenminister Beckstein plant die Einführung der Videoüberwachung öffentlicher Plätze jetzt nicht nur für sog. „Angsträume“, sondern flächendeckend. Die Bestimmungen des Datenschutzes, die es den Behörden zumindest ein wenig schwerer machen bei der umfassenden Überwachung, werden als „Terroristenschutz“ diffamiert. Es gibt Diskussionen über die Abschaffung bzw. Lockerung des Bankgeheimnisses, von anderer Seite werden Polizeidateien für „unauffällige Ausländer“ gefordert. Verdächtig ist plötzlich wer bisher unauffällig seinem Alltagsleben nachging. Es wird nun jeder AusländerIn pauschal verdächtigt, rein aufgrund der Herkunft, potenziell zum/zur MassenmörderIn werden zu können.

### **Treffen kann es jeden - vor allem soziale Bewegungen!**

Stück für Stück werden die Grundpfeiler der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ demontiert, die von den gleichen Stimmen so gerne als Errungenschaften gegenüber den sog. „Unrechtsstaaten“ präsentiert werden. Individual- und Bürgerrechte wie Bewegungsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Post- und Fernmeldegeheimnis, Datenschutz, Bankgeheimnis, Religionsfreiheit, die alle das Recht des Individuums vor dem Zugriff des Staates sichern sollen, stehen zwar weiterhin im Grundgesetz, aber wer aus irgendeinem Grund aus der geforderten Norm fällt, sei es durch mangelnde Staatstreue, nicht-christlichen Glauben, sexueller Neigung, Hautfarbe oder sonstigen oft willkürlich gewählten Eigenschaften, wird die Grenzen dieser „Grundrechte“ schnell zu spüren bekommen. Heute sind alle Muslime pauschal ins Visier geraten, aber morgen kann es jede andere Bevölkerungsgruppe sein, die das Selbstverständnis des Staates real oder nur scheinbar in Frage stellt. Treffen kann es damit über kurz oder lang vor allem soziale Bewegungen, seien es nun AtomkraftgegnerInnen oder streikende ArbeiterInnen. Den SicherheitsstrategInnen ist es letztlich egal, wer im Raster hängen bleibt und staatlicher Überwachung und Verfolgung ausgesetzt wird.

### **Was helfen diese Massnahmen?**

Offensichtlich sind die Mächtigen dieser Welt nicht gewillt, die sozialen, politischen und religiösen Ursachen für den „islamistisch fundamentalistisch“ begründeten Terrorismus zu erkennen und dagegen anzugehen. Wenn es in der arabischen Welt heißt, dass ein Krieg tausende neuer Bin Ladens schafft, beweist dies nur, dass dieses Problem nicht nur der Abschaffung demokratischer Freiheiten und dem Werfen von Bomben zu

bekämpfen ist. Selbst manche SicherheitstrategInnen zeigen Bedenken an der Wirksamkeit dieser Maßnahmen gegen religiös-fanatichen Terrorismus.

Dieser Weg führt nicht etwa zu einem weltweiten friedlichen Zusammenleben, sondern in einen globalisierten Überwachungsstaat. Diesen Überwachungsstaat zu wollen und damit einen eigenen sicherheitspolitischen Profit aus tausenden Opfern der Anschläge zu ziehen muss man den Law-and-Order-FanatikerInnen in Politik und Medien, die derzeit die Diskussionen bestimmen, unterstellen. Sie werden die Konflikte nicht lösen sondern verschärfen, sie legen den Grundstein für weitere blutige Auseinandersetzungen, die auf dem Rücken der Bevölkerung hier und weltweit ausgetragen werden.

**Wir brauchen einen weltweiten sozialen und politischen Diskurs über die Ursachen und Lösungen, keine Bomben und Überwachungsstaaten. Eine Demokratie wird nicht verteidigt, indem man sie abschafft!**

*Mit bestem Dank an die OG München, wo wir den Artikel geklaut haben*

\*\*\*\*\*

**Erfassen, katalogisieren, Speicher auswerten - um jeden Preis!**

Kaum hat das erste "Anti-Terror-Paket" der Gesetzesänderungen im Affenzahn sämtliche Instanzen der Gesetzgebung durchlaufen, da zaubert der Innenminister Otto Schily ein zweites "Sicherheitspaket" aus dem Ärmel. Die Regierungskoalition aus sozialdemokratischen Grünen und der SPD haben in drei Tagen zäher Verhandlungen ein gemeinsames Paket geschnürt, welches zwar immer noch nicht alle Wünsche des "Big Brother" Schily umsetzt, denen aber schon so nahe kommt, dass es eigentlich egal ist, was denn da gestrichen worden ist. Die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes (BKA), welches nach Schily's Vorstellungen ohne Verdacht oder Anweisung von Anklagebehörden Ermittlungen durchführen hätte sollen (so genannte Initiativermittlungskompetenz) sind nicht erweitert worden. Allerdings sieht der Kompromissvorschlag vor, dass das BKA in Zukunft (laut Vorschlag auf die nächsten fünf Jahre begrenzt) viel leichter an personenbezogene Daten herankommt und deren Speicherung leichter gemacht werden soll. Musste in der Vergangenheit immer ein Umweg über die Landespolizeien eingeschlagen werden, welchem dann auch konkrete Verdachtsmomente zu Grunde gelegt werden mussten, so ist der Plan, dass das BKA die Daten nun völlig autonom erfassen darf. Auch eine Speicherung der Daten soll erlaubt werden. Das bedeutet eine Aufweichung der bisherigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Speicherung von Daten - wer will denn dem BKA nachweisen, dass es keine konkreten Verdachtsmomente gibt. Denn ein "Verdacht wird geweckt durch das, was man ist, unabhängig davon was man tut". Damit hätte die BRD dann eine Bundespolizei, welche unabhängig von jeglicher Kontrolle schalten und walten könnte. Datenschutzbeauftragte, Richterverbände und andere Initiativen laufen Sturm, was aber die Sozialdemokraten nicht wirklich abschreckt.

Der nächste Clou ist es, dass auf den Ausweisen aller BundesbürgerInnen nicht nur die Fingerabdrücke, sondern auch noch andere biometrische Daten gespeichert werden sollen. Als Vorschläge stehen Gesichtsmaße, Irisabbildungen oder die Handgeometrie. Recht süffisant machte die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag Kerstin Müller klar, dass irgend etwas auf jeden Fall im Ausweis erscheinen wird - was das denn sein soll, das soll dann der Bundestag entscheiden. Um die Sache erst einmal abzuschwächen, schlugen verschiedene CDU/CSU -Abgeordnete vor, mit jenen Menschen zu beginnen, die ja sowieso erfasst werden müssten. Das bedeutet im Klartext, dass MigrantInnen sich in Zukunft zu den normalen Fotos und Fingerabdrücken auch diverse biometrische Daten, wie die oben erwähnten, abnehmen lassen müssen. Auch der genetische Fingerabdruck soll dann in Zukunft von allen in die BRD einreisenden Flüchtlingen genommen werden. Der Schritt zu einer flächendeckenden Erfassung der Bevölkerung ist so klein, dass er leicht übersehen wird. Die technischen Voraussetzungen dafür werden dann schon mal geschaffen und auch getestet. Ein Mielke sieht da so was von lächerlich mit seinen "Geruchsproben" in den Marmeladengläsern aus. Ließen früher Horroszenarien wie "Big Brother", "Gläserner Bürger" einem einen kalten Schauer über den Rücken laufen, scheint jetzt nicht einmal ein laues Lüftchen zu wehen. Und das obwohl alle "Sicherheitspakete", wohl auch die zu erwartenden Eingriffe in die Fernmeldegesetze, um die Zugriffsmöglichkeiten auf die Daten privater Internetprovider zu erweitern, eindeutig darauf schließen lassen, dass der Staat einen Zugriff von den "Tätern" auf denkbare "Tätergruppen" plant. Sämtliche Maßnahmenpakete sind nicht auf die Erfassung von Straftätern ausgelegt, sondern auf die Datenerfassungen zu Personen, die sich keiner Straftat schuldig gemacht haben. Nachdem die Gruppen seitens der Propaganda klar definiert worden sind, nämlich als Terroristen, ist die Akzeptanz der Bevölkerung gegenüber solchen eklatanten Eingriffen beängstigend hoch. Die Mehrheit der Menschen in diesem Lande geht davon aus, dass sie ja sowieso nicht gemeint sind.

Wie fatal solch eine Einschätzung ist, zeigen diverse Ereignisse aus der Vergangenheit und muss wohl nicht weiter kommentiert werden. Allen Ängsten vor Terror zum Trotz ist es an der Zeit, dass sich eine Stimme des Protestes erhebt, wenn es denn nicht schon zu spät ist.

\*\*\*\*\*

## **Der Verfassungsschutz in Brandenburg**

Wieder einmal kommen wir nicht umhin, über Aktivitäten des VS in Brandenburg zu berichten. So gab es zwei bekannt gewordene Erkundungsversuche im Land.

Zum einen haben unlängst zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes einen 66 jährigen Arzt irakischer Herkunft, der seit 1974 in Deutschland lebt und arbeitet, belästigt. Sie hatten ihm Fotos von dem Attentäter aus New York vorgelegt, der einige Zeit in Hamburg gewohnt hatte, und allen Ernstes behauptet, dass dieser in seiner Praxis verkehrt sei. Dabei wurden von den beiden Beamten auch Patientenakten eingesehen, die eigentlich der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen. Gefunden wurde jedoch nichts.

Weiterhin wurde aber bekannt, dass die Verfassungsschützer sich auch bei Nachbarn des Arztes erkundigten, ob es nach dem 11. September Jubelfeiern in dessen Wohnung gab, was natürlich auch nicht zutraf. Die Ermittlungen sollen übrigens nach mehreren telefonischen Gesprächen aufgenommen worden sein, die den Arzt des Kontaktes mit einem der Attentäter bezichtigten.

Andererseits erregte einE BürgerIn die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes, da er/sie eine e-mail-Adresse zusammen mit einem Bekannten nutzte, der über diese auch politische Korrespondenz unterhielt. Herr Erkenz vom Bundesamt für den Verfassungsschutz, 50445 Köln, Postfach 100553, Tel. 0221/7921244, rief bei der/dem BürgerIn an und forderte unter Berufung auf das Telekommunikationsgesetz Informationen zu dem zweiten Nutzer der e-mail-Adresse. Herr Erkens schickte in der Folge noch ein Fax, in welchem er seine Forderungen schriftlich wiederholte und dem eine Gesetzespassage beigelegt war, aus der sich bei isolierter Betrachtung für einen juristischen Laien der Eindruck der Zusammenarbeitspflicht ergeben kann. Danach gab es ein weiteres Telefonat, in dem sich die Bürgerin gegen das Ansinnen des Verfassungsschutzes verwahrte. Herr Erkens erklärte daraufhin "die Angelegenheit" für erledigt, verwies jedoch auf eine angebliche Schweigepflicht.

Der VS hat bei diesem nunmehr sechsten in Potsdam bekannt gewordenen Anwerbeversuch gegen linke Personen oder Gruppen jede rechtliche Basis verlassen.

Da nur Personen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen oder an diesen mitwirken, unter gewissen Umständen (gem. Telekommunikationsgesetz) zu Auskünften verpflichtet sind, hat der VS mit Hilfe falscher Belehrungen versucht, über die Freiwilligkeit einer Zusammenarbeit von Privatpersonen mit Geheimdiensten zu täuschen.

Auch hat der VS im Windschatten der Ereignisse des 11.09.01 einiges an Kompetenzerweiterungen erfahren. Die durch das Potsdamer Abkommen in Deutschland verbotene Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten wurde zwar in der Praxis nie wirklich eingehalten, ist jedoch jetzt vom Gesetzgeber legitimiert.

Zu verdanken ist das u.a. Otto Schilly, der einst Gudrun Enslin im Stammheimprozess verteidigte, mittlerweile aber zum ausgereiften Sozialfaschisten mutiert ist und natürlich Jörg Schönbohm dem ohnehin jegliche Einschränkung der bürgerlichen Freiheit geeignet erscheint, um George Orwells Utopien aus „1984“ endlich umzusetzen. Der VS in Brandenburg wurde in diesem Zusammenhang personell aufgestockt und technisch aufgerüstet.

Seit kurzem ist eine Homepage der Schlapphutbehörde online:

<http://www.verfassungsschutz-brandenburg.de>

Dort sind News, ein Organigramm und etwas Blabla über die VS-Arbeitsweise nachzulesen und auch viele politische Gruppen, die sich alle Jahre wieder im VS-Bericht finden, sind dort kurz beschrieben. So bleibt es natürlich nicht aus, dass auch die Rote Hilfe einen eigenen Zweizeiler hat. Schließlich sind wir ja auch die mitgliederstärkste sozialrevolutionäre Kraft im Land, so dass es angesichts der vielschichtigen Aktivitäten, an vielen Orten, eher verwunderlich wäre, wenn grade die RH vom VS übersehen würde.

Rote Hilfe e.V. OG Potsdam

\*\*\*\*\*

## **Polizei veranstaltet Chaostage in Cottbus**

Polizeieinheiten aus drei Bundesländern, weiträumige Absperrungen einer Stadt, Kontrollposten der Polizei an den Zufahrtsstraßen, über einer Innenstadt kreisende Hubschrauber, Millionenkosten für Ordnung und Sicherheit. Was war passiert? Ein Staatsbesuch? Castortransport nach Gorleben? Tagelange Ausschreitungen in einer deutschen Metropole? Nein, die so genannten Chaostage von Cottbus führten zu diesem übermäßigen Polizeieinsatz. Angeblich sollten selbige vom 3. bis 5. August in Cottbus stattfinden.

Die Chaostage entstanden einst, als in den 80ern verschiedene westdeutsche Städte so genannte „Punkerdateien“ anlegten, die die Erfassung und Überwachung subversiver Jugendlicher garantieren sollten. Die Chaostage dienten u.a. dazu, diese Punkerdateien durch eine Datenflut unbrauchbar zu machen. Relativ schnell wurden sie entpolitisiert und ritualisiert, eine Art Loveparade der Punkbewegung. Berühmtheit erlangten die Chaostage von Hannover, wo es 1995 zu Straßenschlachten und Plünderungen kam. Auch in Brandenburg wurden Mitte der 90er schon mal Chaostage angekündigt. Und wie auch diesmal in Cottbus fanden sie nicht statt. Die Chaostage fanden nicht statt? Von Seiten der Punks vielleicht, die Polizei war nicht davon abzubringen, die Chaostage durchzuführen. 133 Aufenthaltsverbote und 89 Platzverweise wurden an bunthaarige Jugendliche, deren Vergehen u.a. darin bestand, Eis zu essen oder einkaufen zu gehen, verteilt. 58 Personen wurden zeitweilig in Gewahrsam genommen. Dass die Hüter von Recht und Gesetz dabei nicht besonders zartfühlend zu Werke gegangen sind, versteht sich von selbst. Auch die Stadt Cottbus beteiligte sich am Kesseltreiben gegen die Rudimente einer linken Jugendkultur und untersagte alle Veranstaltungen, die sich gegen die schon im Vorfeld der „Chaostage“ abzeichnenden massiven Grundrechtseingriffe richteten. Damit reihten sich die „Chaostage“ in die Liste der auch aus polizeilicher Sicht völlig überzogenen Großeinsätze, die mit dem Klang von Signalwörtern – „Castor“, „Rocker“, „Chaostage“ – legitimiert werden.

Offensichtlich liegt das Bestreben des Innenministeriums unter Schönbohm darin, vierteljährlich den Ausnahmezustand über eine Region des Landes Brandenburg zu verhängen. Ob dies zu Trainingszwecken der Polizei geschieht oder um Schönbohm politisch aufzuwerten ist, zwar nicht egal, aber im Moment relativ bedeutungslos. Deutlich wird am Beispiel Cottbus nämlich wieder eines: Ohne das Einverständnis lokaler Politiker aller Parteien, ohne die breite Unterstützung einer Bevölkerung, die jede Denunziationshotline eifrigst nutzt, wären derartige Einsätze in ständiger Wiederholung nicht möglich. Repression ist nicht die Bosheit eines „Entscheidungsträgers“ (wie z.B. unseres wirklich widerlichen Innenministers) oder das Überreagieren eines Apparates wie der von Faschisten durchgesetzten Brandenburger Polizei, Repression ist das allgemeine Hintergrundrauschen dieser Gesellschaft. Das Repression sich deswegen noch lange nicht in gleicher Art und Weise objektiv-neutral gegen alle „Störer“ der Ruhe, die die erste Bürgerpflicht ist, richtet, konnte man wiederum am in Cottbus sehen, als 30 mit Baseballschlägern bewaffnete Faschos den Club „Glad-House“ überfielen. Die Polizei reagierte mit der in Brandenburg bei rechten

Überfällen üblichen Verspätung und gab sich im Anschluss die bekannte große Mühe, den politischen Hintergrund des Überfalls zu verschleiern.

Eine Antirepressionsorganisation wie die Rote Hilfe kann und darf nicht mehr tun, als die Opfer staatlicher Repression zu unterstützen, in der agitatorisch und aufklärend gegen Polizeistaat und Überwachungsgesellschaft zu wirken, um die Möglichkeiten linksradikalen Agierens zu bewahren. Ein nachhaltiger Kampf gegen die Repression, der von einer Bewegung, die derzeit nicht in Sicht ist, geführt werden muss, muss ein Kampf sein, der diese Gesellschaft zugunsten der freien Assoziation der Individuen über den Haufen wirft.

(Hierzu u.a.: <http://www.zelle79.info/ctd>)

.....

## **Das leidige Thema innere Sicherheit**

Rathenow gehört neben Königs Wusterhausen, Cottbus, Frankfurt/Oder, Guben und Eberswalde zu den absoluten Schwerpunkten des Rechtsextremismus im Land Brandenburg, und deshalb herrschen hier Sondergesetze, mit denen die Naziszene vor Ort „unter Kontrolle“ gebracht werden soll. Doch wie üblich sind hier Maßnahmen gegen „Rechts“ vor allen Dingen Maßnahmen gegen „Links“.

Rathenow. Nachdem von der MEGA in der Öffentlichkeit kaum noch die Rede ist und sich die Polizei in ihren Presseerklärungen selbst auf die Schulter klopft, weil die rechtsextremen Straftaten mal wieder hinuntergesunken wurden, ist von Rathenow kaum noch etwas zu hören. Trotzdem scheint die Situation noch so brisant zu sein, dass ein Ausbau der Polizeibefugnisse und der Abbau von Bürgerrechten kontinuierlich fortgesetzt wird. So wurde Anfang 2001 festgelegt, dass der Parkplatz vor einer Diskothek demnächst videoüberwacht werden soll, weil sich dort Rechtsextremisten aufhalten. Und obwohl das Vorhaben noch nicht einmal realisiert wurde, spielt der berühmte Rathenower Bürgermeister Lünser schon jetzt mit der Idee, dass diese Videoüberwachung vielleicht auch auf einen Platz im Zentrum ausgeweitet wird, weil so vielleicht auch Demonstrationen und Veranstaltungen observiert werden können.

In Rathenow genießen Polizeibeamte derzeit ein sehr hohes Ansehen, das auch durch die Stadtverwaltung geschützt wird. Unlängst konnte jeder Rathenower/in in der Regionalpresse lesen, dass alle Daten, die über ihn/sie im Einwohnermelderegister gespeichert sind, jederzeit per Mouseclick – und „einmalig in Deutschland“(Märkische Allgemeine) – für jede/n Polizeibeamten/in abrufbar sind. Der gläserne Mensch made in Rathenow.

Innere Sicherheit - ein Thema, das derzeit wieder sehr heiß diskutiert wird. Und obwohl die Nachrichtendienste, die jetzt schon alles kontrollieren, so jämmerlich versagt haben, wird weiterhin auf ihre die Privatsphäre verletzende Schnüffelei gesetzt.

So besuchten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nach den Anschlägen in New York und Washington einen 66 jährigen, aus dem Irak stammenden Arzt, der schon seit 1974 in Rathenow praktiziert. Er solle angeblich den Haupttattäter, der in Hamburg wohnte, behandelt haben. Anrufer hätten dies angeblich gemeldet. Nachdem die

Schnüffler aber alle Patientenakten durchwühlt hatten, wurden keine Anhaltspunkte gefunden. Trotzdem fragten die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes aber noch die Nachbarn des Arztes aus, ob es denn dort Jubelfeiern nach dem 11. September gab, was natürlich auch nicht zutraf.

Doch zurück zu den Polizeisondereinheiten. Nachdem die MEGA im staatlichen Kampf gegen „Rechts“ anscheinend nicht mehr effektiv genug war, wurde nun eine neue Einheit gebildet – die TOMEG. TOMEG heißt Täterorientierte Maßnahmen gegen Extremistische Gewalt und bedeutet, dass sich die Polizeibeamten nun intensiver um die vermeintlichen StraftäterInnen kümmern wollen. Das heißt, auf mutmaßliche Täter wird behördenübergreifend eingewirkt. Außerdem sprechen die Beamten die betreffenden Personen zu Hause, in Szenetreffs und im Beruf an.

Schnell stellte sich aber heraus, dass die Maßnahmen gegen „Rechts“ sich wie üblich auch auf Linke auswirken. So entfernten Beamte der SOKO TOMEG am Mittwoch, dem 08.08.2001, in der Nähe des Premnitzer Jugendclubs in der Karl – Liebknecht – Straße mehrere ANTI FA – Aufkleber, während Nazipropaganda nahezu unberührt bleibt und hier nur durch AntifaschistInnen entfernt wird. Doch die Repression geht noch weiter:

Am Freitag, dem 10.08.2001, versuchten ungefähr 40 Polizeibeamte, darunter auch Beamte der SOKO TOMEG, ein alternatives Jugendzentrum in Rathenow zu räumen, nachdem kurz zuvor eine von dort aus gestartete Spontandemo gegen Nazis gewalttätig aufgelöst worden war. Das skandalöse: Rathenower Faschos konnten sich ungestört hinter den Polizeibeamten versammeln und Leute belästigen, während die Beamten selber Reifen von auf dem Hof des AJZ abgestellten Fahrrädern, zerstachen.

Konnte die Räumung des AJZ in Rathenow aber noch durch Verhandlungen im letzten Moment verhindert werden, gelang dieses im Fall des besetzten Hauses von Premnitz jedoch nicht. Es wurde nur einen Monat nach der Besetzung, am Donnerstag, dem 11.10.2001, von 30 – 40 Polizeibeamten, die mit Helmen, Schildern und Schlagstöcken ausgerüstet waren, und Beamten der SOKO TOMEG geräumt und unbewohnbar gemacht. Während sich die TOMEG also recht intensiv um linksorientierte Jugendliche kümmert, wird das eigentliche Problem, die Faschos in der Region, nur peripher „bekämpft“. So wird meistens nur in schweren Fällen ermittelt, während sich die Beamten bei Straftaten wie Bedrohung, Nötigung oder Beleidigung unter fadenscheinigen Begründungen weigern, Anzeigen aufzunehmen.

Da müsste sich dann spätestens doch auch der/die BürgerIn fragen, ob diese Sondereinheiten wirklich nützlich sind. Solche Aufgaben kann auch reguläre Polizei lösen.

Fazit: MEGA, TOMEG und wer weiß was noch kommt, dienen in keinsten Weise irgendeiner wirklichen Lösung von Problemen wie dem Rechtsextremismus. Solche Sondereinheiten sind vielmehr ein weiterer Schritt zum Staat im Staat, zum Polizeistaat, der alles und jeden kontrolliert und in dem es keine Freiheit mehr gibt.

Rote Hilfe Rathenow

\*\*\*\*\*

der MEGA auf die Finger geschaut

**Sonder-Polizeinheiten gegen Rechts in Brandenburg und Berlin**

Ein Artikel der Redaktion des „Antifaschistischen Infoblatts“

Sie sind fester Bestandteil des staatlichen Handlungsarsenals gegen Rechts: Die von Medien und Politikern gleichermaßen hochgelobten Polizeisondereinheiten gegen Rechts. Wie wenig Medienhype und Realität übereinstimmen, soll hier anhand der Berliner Einheit „Politisch Motivierte Straßengewalt“ (PMS) und der Mobilien Einsatztrupps gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt“ (MEGA) in Brandenburg analysiert werden.

Eberswalde, 27. März 2001: Während rund 300 Neonazis durch die Kleinstadt marschieren, protestieren knapp 100 jugendliche Antifas am Straßenrand. Eine bekannte Situation entsteht: Eine Kette von Bereitschaftspolizisten stellt sich vor die linken Jugendlichen, die ohnmächtig Parolen rufen, als die Neonazis vorbeimarschieren. Eine Situation, die viele von uns kennen. Doch dann ändert sich das Szenario schlagartig. Mit den Neonazis erreicht auch die Berliner Polizeieinheit „Politisch Motivierte Straßengewalt“ (PMS), die die Berliner Kameradschaft Germania begleitet, die Straßenecke, an der die Antifas ihre Kundgebung abhalten. Die Beamten der PMS drängen sich an den Bereitschaftspolizisten vorbei und beginnen, auf die linken Jugendlichen einzuschlagen. So brutal und grundlos, dass es dem Einsatzleiter der Potsdamer Bereitschaftspolizei schließlich reicht. Er fordert die „Berliner Kollegen“ auf, zu den Nazis zurückzukehren und die linken Jugendlichen in Ruhe zu lassen. Augenzeugen berichten, dass Beamte der PMS in den Seitenstraßen weitere linke Jugendliche geschlagen hätten. Nach dem Ende des Aufmarsches entschuldigt sich der Einsatzleiter der Bereitschaftspolizei bei dem Anmelder der Antifakundgebung für das Vorgehen der PMS.

### **Schläge gegen links, Streicheleinheiten nach rechts**

Die Vorfälle von Eberswalde sind keineswegs Ausrutscher der von den Medien als Eliteeinheit gegen Rechts gefeierten PMS.

Am 1. Mai 2000 wird in Berlin-Kreuzberg am Rande der 1. Mai-Randale ein als Antifaaktivist polizeibekannter 31-jähriger von Zivilbeamten der PMS festgenommen. Der Verhaftete wird in einem Polizeifahrzeug an einen verlassenen Ort gefahren und von mehreren - teilweise verummten - Polizisten beschimpft und so schwer zusammengeschlagen, dass er das Bewusstsein verliert. Sein Gesicht ist tagelang mit Blutergüssen übersät. Ein Ermittlungsverfahren gegen „unbekannt wegen Körperverletzung im Amt“ verläuft ergebnislos.<sup>1</sup>

Dieses Beispiel ist keineswegs eine Ausnahme, sondern lediglich einige Höhepunkte aus der Bilanz der PMS. Die so genannte Sonderermittlungsgruppe wurde 1992 eingerichtet und 1994 dem Landeskriminalamt (LKA) angegliedert. Heute sind dieser Einheit rund 60 Beamte zugeteilt. Die offizielle Zielsetzung lautet u.a. „Erkannte Straftäter aus (...) der Anonymität zu reißen, um diese Personen und ihre Sympathisanten oder Mitläufer von der zukünftigen Begehung von Straftaten abzuhalten.“ Dazu werden „ständig und anlassunabhängig offene und verdeckte Aufklärungsmaßnahmen in der rechten Szene betrieben, allgemeine Kontaktgespräche mit Personen, die dem äußeren Erscheinungsbild nach der rechten Szene zuzuordnen sind, geführt und anlassabhängig konkrete Gefährdeansprachen mit potentiellen Störern/Straftätern geführt.“<sup>2</sup> Nach außen hin erklärt das LKA, Schwerpunkt der PMS sei „die Bekämpfung des Rechtsterrorismus/-extremismus und fremdenfeindlicher Gewaltdelikte“. Neben Strafverfolgungsmaßnahmen gehe es dabei um Informationsgewinnung über „Aufbau und Struktur rechtsextremistischer Organisationen“, über Führungskader und Mitglieder und deren Treffpunkte. Außerdem würden die Beamten Kontakte zu benachbarten Dienststellen, Jugendleitern, Bezirksämtern etc. pflegen.

Tatsächlich wirkt sich das eher schlicht gestrickte Konzept in der Praxis fatal aus: Die

PMS hat augenscheinlich die Totalitarismustheorie verinnerlicht und geht nach dem Motto „der Feind in diesem Land steht immer links“ bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen AntifaschistInnen vor: Zuletzt am 17. März dieses Jahres in Berlin-Lichtenberg, als AntifaschistInnen eine SS-Gedenkfeier der Jungen Nationaldemokraten (JN) störten und u.a. Beamte der PMS daraufhin in der Umgebung des Veranstaltungsortes willkürlich 38 Menschen festnahmen, die ihrem Feindbild von „autonomen Gewalttätern“ entsprachen und/oder in entsprechenden Lichtbildkarteien gespeichert sind.<sup>3</sup> Wie unhaltbar die Festnahmen waren, zeigte sich bei den Vorführungen bei den Haftrichtern, die alle Festgenommenen freiließen.<sup>4</sup> Objekte der PMS-Begierde sind insbesondere Frauen und Männer, die von Staats- und Verfassungsschutz willkürlich der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und ihrem Umfeld zugeordnet werden. Sie werden von PMS-Beamten auf bestimmten Demonstrationen mit dem Ziel der Verunsicherung namentlich angesprochen und mit haarsträubenden Ermittlungsverfahren - oft wegen sogenannter unpolitischer Delikte - überzogen.

Im Bereich Rechtsextremismus, um den sich die PMS laut Aufgabenbeschreibung eigentlich kümmern soll, fällt die Bilanz kläglich aus. Das Konzept der „Kontaktaufnahme“ mit den zu beobachtenden Neonazis und ihrem jugendlichen Umfeld hat zu einer gefährlichen Nähe zwischen PMS und ihren „Objekten“ sowie zu einer männerbündlerischen Kumpanei geführt. „Man kennt sich“ und lässt sich weitestgehend in Ruhe. Unter Neonazis gilt es als Zeichen der eigenen Bedeutung, von der PMS angesprochen und beobachtet zu werden. Dass sich in den Anti-Antifa-Listen der Neonazis auch einzelne PMS-Beamte wiederfinden, beweist keineswegs die immer wieder betonte Gefährdung der PMSler - die u.a. dazu führt, dass PMS-Beamte bei Prozessen gegen linke Jugendliche vor Gericht als Zeugen Sonderkonditionen einfordern. Bislang sind die Opfer von Angriffen durch die Anti-Antifa immer nur linke Jugendliche gewesen.

Auch die Erfolgsmeldungen von einigen wenigen aufgelösten Neonazikonzerten und Versammlungen, mit denen die PMS gerne ihre eigene Bedeutung unterstreicht, sind bloße Augenwischerei. Die polizeilichen Maßnahmen könnten genauso gut oder schlecht von jeder x-beliebigen Polizeieinheit durchgeführt werden - zumal die PMS bei größeren Ereignissen ohnehin nicht alleine agiert. Wie wenig die Vorfeldaufklärung der PMS taugt zeigen antisemitische Schändungen der letzten Jahre: Als am 3. Oktober 1999 der jüdische Friedhof in Weissensee und das Mahnmal für die deportierten Juden in Berlin-Moabit geschändet wurden, waren zumindest in Moabit Zivilpolizeistreifen unterwegs. Festgenommen wurden jedoch nicht die Neonazis, sondern AntifaschistInnen, die in der Nähe des Mahnmals gegen Republikaner-Wahlkampfplakate vorgegangen sein sollen.<sup>5</sup>

Festzuhalten bleibt, dass dort, wo die PMS vorzugsweise gegen Rechte auftritt - bei Neonazi-Aufmärschen -, die Neonazis zumeist aus politischem Kalkül im legalen Rahmen agieren. Rassistische und rechtsextreme Angriffe finden nach Feierabend des PMS-Begleitservices statt. Dafür sprechen auch die Zahlen der offiziell registrierten rechtsextremen Delikte in Berlin, die im Jahr 2000 um 40 Prozent auf 333 Straftaten - darunter 39 Angriffe auf Personen - stiegen.<sup>6</sup> Von Befürwortern der PMS wird gerne ins Feld geführt, dass diese Zahlen ohne die PMS noch wesentlich höher wären. Dazu lässt sich nur feststellen, dass sich unter den Augen der PMS und aufgrund ihres zweifelhaften Konzepts in Berlin eine der größten neonazistischen Szenen Deutschlands entwickeln konnte. Es gibt also keinen Grund, an der PMS festzuhalten. Aber viele Gründe, diese außerhalb der öffentlichen Kontrolle und mit einem verfestigten Korps- und Elitegeist agierende Einheit aufzulösen.

### **MEGA-mäßig erfolglos**

Auch in Brandenburg ist das Konzept einer polizeilichen Sondereinheit gegen Rechts erfolglos: Hier wurde 1998 vom damaligen SPD-Innenminister Alwin Ziel die so genannte

„Mobilen Einsatztrupps gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) installiert, nachdem Brandenburg 1997 im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz bei rechtsextremistischen Straftaten belegt hatte. Die MEGA wurde zu einer Säule des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ ernannt; ihr Konzept der „Überwachung, Kontrolle, Verunsicherung und direkter Ansprache“ rechter Straftäter und ihres Umfelds orientiert sich an dem der Berliner PMS. Anfangs umfasste die MEGA ca. 45 Beamte, die vom LKA den fünf Polizeipräsidien des Landes zugeordnet und durch Beamte der Staatsschutzes verstärkt wurden. Nach internen Querelen - MEGA-Beamte hatten sich über geringe Beförderungschancen, schlechte Technik und Sachausstattung sowie wenig konkrete Informationen vom Verfassungsschutz und zum Teil zwangsweise Versetzung zur MEGA beklagt - wurde die MEGA im Juni 2000 unter Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) noch einmal umstrukturiert. Heute sind den Polizeipräsidien unter der Woche acht und am Wochenende 17 MEGA-Beamte zugeteilt, die den örtlichen Staatsschutzkommissariaten und nicht mehr dem LKA unterstehen. Im September 2000 kündigte Schönbohm an, die MEGA auf insgesamt 200 Beamte aufzustocken.

Auch die MEGA begleitet „ihre Schützlinge“ bei besonderen Anlässen quer durch die Republik. Wie derartige Einsätze aussehen können, macht ein Vorfall vom 10. Juli 1999 deutlich. Nach einem NPD-Aufmarsch in Hamburg begleiteten u.a. MEGA-Beamte in Zivil zwei Kleinbusse mit Berliner und Brandenburger Neonazis der Kameradschaft Germania auf der Autobahn von Hamburg nach Berlin. Auf der Raststätte Stolpe griffen die 16 Neonazis dann einen Kleinbus polnischer und deutscher Punks unter den Augen von zwei MEGA-Beamten an, die sich versteckten. Der Angriff sei „so schnell und so brutal“ gewesen, dass sie nicht eingreifen konnten, lautete die Rechtfertigung der im Einsatz immer bewaffneten Polizisten.<sup>7</sup>

In der Öffentlichkeit wird das Vorgehen der MEGA gegen Rechts gerne als Mischung aus fürsorglicher Sozialarbeit und hartem Durchgreifen dargestellt. Dabei werden vor allem präventiv rechte Treffpunkte kontrolliert und Ansammlungen von Rechten aufgelöst - nicht immer mit präventivem Erfolg, wie ein Vorfall aus Frankfurt/Oder vom 16. Januar 1999 zeigt. Nachdem dort eine Ansammlung von 80 Rechtsextremen von der MEGA einen Platzverweis erhalten hatte, verletzten einige aus der Gruppe wenig später am Bahnhof einen Flüchtling aus Marokko schwer.<sup>8</sup> Zur Bilanz der MEGA schreibt die Prozessbeobachtungsgruppe Guben daher folgerichtig: „Festzuhalten ist, dass die intensiven Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erschweren. Rassistisch und faschistisch motivierte Gewalttaten werden dadurch aber kaum verhindert, eine nachhaltige Verunsicherung der rechtsextremen Bewegung ist ebenso wenig zu erkennen.“<sup>9</sup>

### **MEGA gegen links**

Seit der Amtsübernahme von CDU-Innenminister Jörg Schönbohm und insbesondere seit der Ansiedlung der MEGA-Einheiten bei den einzelnen Polizeipräsidien und deren Staatsschutzkommissariaten, sind die wenigen linken, selbstverwalteten Jugendprojekte im Land Brandenburg ins Visier der MEGA geraten. Mit der Bekämpfung von „Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ hat die Observation und Einschüchterung linker und antifaschistisch engagierter Jugendlicher zwar nichts zu tun, auch die Straftatenstatistik, Rubrik „Linksextremismus“ des Landes Brandenburg - die für das Jahr 2000 gerade einmal 46 „linksextremistisch motivierte“ Straftaten verzeichnet - kann da kaum als Legitimation herhalten, Aber das hindert den Ex-General natürlich nicht daran, die MEGA auf der Suche nach seinem in Brandenburg zwar seltenen, aber aus alter Gewohnheit liebgewonnenen Feindbild einzuspannen.

Die Beispiele hierfür sind zahlreich. Nachfolgend wird anhand des selbstverwalteten

linken Jugendwohnprojekts „Mittendrin“ e.V. - das seit acht Jahren in der nordbrandenburgischen Kleinstadt Neuruppin alternative Jugendarbeit anbietet - gezeigt, wie die MEGA Oranienburg und das Staatsschutzkommissariat des Polizeipräsidiums Oranienburg versuchen, einen alternativen Verein, der von der Kommune unterstützt wird, zu kriminalisieren.

Zur Vorgeschichte: Im Herbst 2000 hatten unbekannte Rechte mehrfach die Fensterscheiben des Mittendrin e.V. und davor parkender Autos zerstört. In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember 2000 zog dann ein unangemeldeter Aufmarsch von 60 Rechtsextremisten zunächst vor das nicht-rechte „Jugendfreizeitzentrum“ in Neuruppin. Dort kontrollierten Polizeibeamte die Personalien der Beteiligten und erklärten die Versammlung für aufgelöst. Eine Gruppe von ca. 40 Rechtsextremisten zog daraufhin zum Gebäude des Mittendrin e.V. weiter. Dort angekommen wurden BesucherInnen des Mittendrin bedroht und beschimpft. Vereinzelt warfen die Rechten mit Flaschen und Steinen auf das Gebäude. Die anwesenden Beamten der MEGA Oranienburg unternahmen nach Aussagen der Betroffenen im Mittendrin nichts, um die rechtsextreme Bedrohung zu unterbinden. Aktiv wurden die Beamten der MEGA erst, als ein Rechtsextremist behauptete, er sei von einer unbekannt Person aus dem Mittendrin mit einem Stein beworfen worden. Nachdem die Rechten vor dem Haus abgezogen waren, durchsuchten Beamte der MEGA die Vereinsräume des Mittendrin erfolglos nach vermeintlichen Tatwerkzeugen und nahmen die Personalien von acht BesucherInnen des Mittendrin auf. Zwei von ihnen haben mittlerweile eine Anklage wegen „versuchter Körperverletzung“ - obwohl laut Anklageschrift der Anzeigsteller keine Verletzungen vorweisen konnte. Als Zeugen der Anklage stellten sich neben polizeibekannt NPD-Aktivisten auch zwei MEGA-Beamte zur Verfügung. Ein Prozesstermin ist bisher noch nicht anberaumt; der Verein hat mehrfach öffentlich erklärt, dass aus dem Haus keine Steine auf die Rechten flogen.

Doch die Einschüchterungsversuche der MEGA gegen das Mittendrin wurden fortgesetzt: Während der Castor-Transporte aus dem nahe gelegenen Rheinsberg im Mai diesen Jahres wurden das Mittendrin und seine BesucherInnen tagelang observiert; Beamte der MEGA beschwerten sich bei Vereinsvertretern, dass abends Pappkartons in die durch wiederholte rechte Angriffe zerbrochenen Fensterscheiben gestellt wurden. Nach den Demonstrationen gegen den EU-Gipfel in Göteborg im Juni steigerten die Beamten der MEGA die Frequenz ihrer unangemeldeten Besuche in den Vereinsräumen. Der Vorwand: Ein mutmaßlicher Besucher des „Mittendrin“ war auf dem Weg zu den Göteborger Protesten an der Einreise nach Schweden gehindert worden, ein anderer ohne strafrechtliche Konsequenzen in Göteborg kurzzeitig in Gewahrsam genommen worden. Bei einem Gespräch mit VereinsmitarbeiterInnen behaupteten MEGA-Beamten daraufhin, vom Haus des Mittendrin seien in Göteborg Straftaten begangen worden und drohten unverhohlen mit einer Schließung des Hauses.

Während die örtliche Polizeiwache dem Verein Schutz vor rechten Angriffen anbieten MEGA und Staatsschutz im Polizeipräsidium Oranienburg keinen Hehl daraus, dass ihnen das einzige alternative selbstverwaltete Jugendzentrum im Bereich des Polizeipräsidiums ein Dorn im Auge ist. Und da die PDS-regierte Kommune bislang den Verein unterstützt, wird hier nun offensichtlich versucht, die auch beim Jugendamt und Trägern der Jugendhilfe anerkannte Arbeit des Vereins mittels polizeilicher Maßnahmen zu diskreditieren.

Das Mittendrin befürchtet nun den bekannten Kreislauf, mit dem immer wieder versucht wird, antifaschistische Gruppen, alternative Projekte und Vereine zu diskreditieren: „Sicherheitskreise“ füttern die Polizeireporter der Lokalzeitungen mit gezielten

Indiskretionen aus Ermittlungsverfahren und Observationen und verbreiten in den kommunalen Verwaltungs- und Entscheidungsgremien Fehlinformationen. Für polizeiliche Sondereinheiten und Staatsschutzkommissariate sind diejenigen Projekte, die in Kommunen, in denen es unstrittig eine rechte Dominanz gibt, eine nicht-rechte Alternative anbieten, eben „Linksextremisten“: Nestbeschmutzer, die dem „Aufstand der Anständigen“ und den polizeilichen Erfolgsmeldungen mit eigener Recherche und Kreativität den Spiegel vorhalten und daher lästig sind.<sup>10</sup>

Zusammengefasst muss festgestellt werden, dass polizeiliche Sondereinheiten wie die PMS und die MEGA vor allem als staatliche Alibi-Objekte dienen. Im besten Fall können sie vielleicht die Zahl rechter Propagandadelikte senken; im schlimmsten Fall tragen sie durch Kumpanei und mangelnde öffentliche Kontrolle zur Verfestigung rechter Strukturen bei. Zur Bekämpfung der Ursachen und Auswirkungen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind sie ungeeignet.

\*\*\*\*\*

### **Der Polizeieinsatz beim und nach dem DFB-Pokalspiel SV Babelsberg 03 - Hertha BSC**

Am Sonntag nach dem DFB-Pokalspiel SV Babelsberg 03-Hertha BSC gab das Polizeipräsidium Potsdam folgende Mitteilung an die Presse heraus:

Hausbesetzer bewarfen Fußballfans mit Schottersteinen

Potsdam. Während der Abreise nach dem DFB-Pokalspiel zwischen SV Babelsberg und Hertha BSC wurden die Fußballanhänger von Hertha BSC am Sonnabendabend von mehreren verummten Personen aus dem besetzten Haus Rudolf-Breitscheidstraße 6 mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen und als „Nazis“ beschimpft. Nach bisherigen Erkenntnissen kam es zu keinen verletzten Personen. Zur Verhinderung einer Eskalation wurden die Fußballfans in Richtung S-Bahnhof abgedrängt. Durch den Polizeiführer vor Ort wurde die Räumung des besetzten Hauses angeordnet. Um 19 Uhr erfolgte die Räumung. Es wurden 15 Personen im Alter von 18 - 31 Jahre vorläufig festgenommen. Während der Durchsuchungsmaßnahmen des genannten Objektes konnten diverses Diebesgut und Waffen sichergestellt werden. Nach der Räumung wurde das Haus durch eine beauftragte Firma gesichert. Alle festgenommenen Personen wurden zum Verdacht des schweren Landfriedensbruchs vernommen und nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft Potsdam aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Da vermutlich mit weiteren Aktionen der Hausbesetzerszene zu rechnen ist, werden derzeit verstärkt Raumschutzmaßnahmen in Potsdam durchgeführt.

Diese Meldung übernahmen viele Sender und Redaktionen.

Bereits am Montag, dem 27.08.01 führten der Utopia e.V., die Aktion Noteingang Potsdam, der Fanclub Stehplatz-ermässigt und Zeuginnen des Polizeieinsatzes eine

Pressekonferenz durch. Darin erhoben sie schwerwiegende Vorwürfe gegen die Polizei. Insbesondere wurde dem Einsatzleiter Andreas Merten vorgehalten, rechtsradikale Sprechchöre der Hertha-Fans und das Zeigen des Hitlergrußes im Stadion und auf dem Weg zur S-Bahn geduldet zu haben und später obendrein das durch die Rechten auf dem Weg zur S-Bahn angegriffene Wohnprojekt in der Rudolf-Breitscheid-Straße 6 geräumt zu haben. Dabei sollen die Beamten der LESE brutal auf alle Umstehenden eingepregelt, am Boden liegende getreten und als „Zecken“ oder „Schlampe“ beschimpft und die Gefangenen eine halbe Stunde lang mit dem Gesicht auf dem Bürgersteig und auf dem Rücken gefesselten Händen liegen lassen haben.

Sie wiesen die Darstellung der Polizei zurück, dass im Haus Waffen und Diebesgut gefunden worden sei.

Nach einem Gespräch zwischen Vertretern der Stadt, des Oberlinhauses und der Polizei räumte diese das Haus am Nachmittag des 27.08.01 wieder. Die Vertreter des Utopia e.V. hatten sich zuvor der durch die Polizei gestellten Bedingung gebeugt, den notariell beglaubigten Vertrag über das Ausweichobjekt in der Zeppelinstraße zu ändern und die Breitscheidstraße 6 zwei Wochen vor dem vereinbarten Auszugstermin zu übergeben.

Der Zustand der Breitscheidstraße 6 nach dem Abzug der Polizei wurde durch die Presse dokumentiert.

In den nachfolgenden Wochen gab es zahlreiche Erklärungen beider Seiten, eine Strafanzeige der Aktion Noteingang gegen den Einsatzleiter, weitere Anzeigen Betroffener, Beschuldigungen, Gegendarstellungen, Ausschusssitzungen, Fernsehdiskussionen und Presseartikel.

Dennoch ist bislang der Ablauf des Polizeieinsatzes am 25.08.01 noch nicht abschließend untersucht und dargestellt worden. Die Volksinitiative zur Stärkung der Grund- und Bürgerrechte gegenüber der Polizei hat daher alle zur Verfügung stehenden Quellen ausgewertet, um die dargestellten Versionen beider Seiten zu prüfen. Das vorliegende Bildmaterial und die unerwartet vielen Zeugenaussagen, die uns vorliegen, ermöglichen uns die Veröffentlichung der von uns recherchierten Ereignisse am 25.08.01:

### **Abschlussbericht zum Polizeieinsatz am 25.08.01 in Babelsberg:**

#### **Vor dem Spiel**

Am Samstag, dem 25.08.01 fand im Babelsberger Karl-Liebknecht-Stadion das DFB-Pokalspiel SV Babelsberg 03 gegen Hertha BSC statt.

Von vornherein musste davon ausgegangen werden, dass das Spiel eine hohe Brisanz in sich barg. Dies liegt daran, dass sich in Babelsberg in den letzten Jahren eine emanzipierte alternative Fankultur entwickelt hat, während die Fans des Berliner Bundesligisten Hertha BSC auch im Vergleich zu anderen Vereinen der 1. BL als politisch eher rechts orientiert gelten.<sup>1</sup> Das Gefahrenpotential spiegelte sich auch im Internet

---

<sup>1</sup> Information des Angestellten des Fanprojektes Gregor Vöhse im Jugendhilfeausschuß der StVV am

wieder. Neben Einträgen in den Gästebüchern von Babelsberger Fanclubs<sup>2</sup> bereits kurz nach der öffentlichen Auslosung des Spieles fanden sich auch im Gästebuch der Hertha-Fanatics<sup>3</sup> Einträge mit rechtsextremistisch motivierten Gewaltaufrufen anlässlich des Pokalspieles. Der Polizei waren die Internetaufrufe auch bekannt, da Mitglieder eines Fanclubs Kopien an den szenekundigen Beamten Herrn Streich übergeben hatten.<sup>4</sup> Die Sicherheitslage wurde außerdem in einem Gespräch der Potsdamer Polizei mit dem SV Babelsberg 03, der Polizeisonderkommission Hooligan und der Landesinformationsstelle Sport (LI ST) aus Berlin erörtert.<sup>5</sup>

## **Im Stadion**

Bereits während des Spieles am 25.08.01 kam es zu rechtsradikalen Sprechchören aus dem Gästefanblock. So wurde „Arbeit macht frei – SVB 03“ und „Asylanten“ skandiert. Insbesondere „Asylanten“ wurde unüberhörbar von mehreren hundert Gästefans gebrüllt und war bis weit in den Babelsberger Park ebenso hörbar wie bis zum Goetheplatz.<sup>6</sup> Außerdem wurde vereinzelt der verbotene Hitlergruß gezeigt.<sup>7</sup> Nach Spielende stürmten 60-100 Herthafans auf das Spielfeld, liefen vor den Fanblock der Heimmannschaft und zeigten den Hitlergruß.<sup>8</sup> Die Polizei drängte die „Nazis raus!“ rufenden Babelsberger Fans aus der Nordkurve des Stadions, wobei es zu einigem Gerangel kam.<sup>9</sup> Danach schickte sie auch die Rechtsextremisten vom Spielfeld.

## **Abreise der Herthafans und Überfall auf die Breitscheidstraße 6**

Die Gästefans verließen das Stadion wie üblich durch den Eingang zur Allee nach Glienicke in Richtung S-Bahnhof Babelsberg. Auf der Straße Alt Nowawes formierte sich ein Zug von 80-200 Personen, die „Hier marschiert der nationale Widerstand“, „Asylanten“ und „Ob Ost, ob West nieder mit der Zeckenpest!“ skandierten, Autospiegel zerstörten und den Lack an Autos zerkratzten.<sup>10</sup> Die Polizei folgte vorerst nur mit wenigen Beamten, die keine Uniform trugen, sondern nur durch eine übergezogene Weste mit der Aufschrift „Polizei“ erkennbar waren.<sup>11</sup>

Als dieser Teil des Hertha-Fanblocks aus Alt Nowawes in die Breitscheidstraße einbog, waren lediglich 1-2 Polizeifahrzeuge vor Ort, die die Kreuzung absperren sollten.<sup>12</sup> Aus dem Zug, der sich nun vor dem Haus Breitscheidstraße 6 befand, wurde lautstark „Asylanten“, „Ob Ost, ob West – nieder mit der Zeckenpest“<sup>13</sup> und „Wir kriegen euch alle“<sup>14</sup> gerufen. 20-40 Rechtsradikale nahmen Steine aus dem Gleisbett der Straßenbahn

---

<sup>2</sup> Information eines Mitglieds des Fanclubs Stehplatz-ermässigt

<sup>3</sup> Auszug aus dem Gästebuch der Hertha-Fanatics

<sup>4</sup> Dies bestätigte auch der Polizist Burghard Neumann in der Sitzung des Hauptausschusses der StVV am

<sup>5</sup> Stellungnahme Detlef Kaminskis im Internet

<sup>6</sup> Aussagen von Anwohnerinnen der Pasteurstraße

<sup>7</sup> Bildmaterial des Potsdamer Stadtfernsehens

<sup>8</sup> Aussagen von Fußballfans und Journalisten

<sup>9</sup> Aussagen der Fanclubs und unbeteiligter Fußballfans

<sup>10</sup> Aussagen von Anwohnern Alt Nowawes

<sup>11</sup> Aussagen von Anwohnern Alt Nowawes

<sup>12</sup> Darstellung der Polizei im Hauptausschuß der StVV

<sup>13</sup> Video der Polizei, das im Hauptausschuß gezeigt wurde

<sup>14</sup> übereinstimmende Aussagen von Anwohnern und Personen, die sich in der Breitscheidstraße 6 aufhielten

und warfen sie auf das Haus, in dem sich zu dieser Zeit 3 Frauen und 3 Männer aufhielten. Dabei wurden mehrere Fensterscheiben zerstört<sup>15</sup>. Mehrfach wurde der Hitlergruß gezeigt<sup>16</sup>. Zwei Personen versuchten die (vermeintliche) Eingangstür des Hauses einzutreten<sup>17</sup>. Unklar ist bis heute, ob aus dem Haus Steine zurückgeworfen wurden.<sup>18</sup> Nach 8-15 Minuten kamen 10-15 Polizisten und stellten sich zunächst vor das Haus<sup>19</sup>. Vereinzelt wurden sie ebenfalls mit Steinen beworfen<sup>20</sup>. Daraufhin drängten sie die Rechten auf die andere Straßenseite zurück. Von dort wurde weiterhin „Asylanten“ und „Ob Ost, ob West – nieder mit der Zeckenpest“<sup>21</sup> gerufen. Ein Rechter, der gewaltsam zum Haus vordringen wollte, wurde von einem Polizisten gepackt und auf eine Steinkante geworfen.<sup>22</sup> Er konnte sich nicht mehr bewegen und musste von einem Krankenwagen abgeholt werden.<sup>23</sup>

Schließlich forderte die Polizei die Herthafans auf, sich zum S-Bahnhof zu begeben. Ob dies mit den Worten „An alle Herthafans“ oder „Liebe Herthafans“ erfolgte, ist unklar.<sup>24</sup>

Der Zug bewegte sich nun unter Polizeibegleitung die Breitscheidstraße entlang Richtung S-Bahn. Kurz nach Höhe Daimlerstraße ertönten lautstarke Gesänge „Wir bauen eine U-Bahn von Babelsberg nach Auschwitz“<sup>25</sup>. Einige 16-17 jährige Fußballfans, die an der Breitscheidstraße/Ecke Karl-Liebknechtstraße am Ratskeller standen, riefen „Nazis raus!“ Ein Polizist trat auf sie zu und sagte: „Verschwindet, Ihr Provokateure!“<sup>26</sup>

## Die Räumung der Breitscheidstraße 6

Während und nachdem die Herthafans zum S-Bahnhof gebracht wurden, sammelten sich vor dem nun offenen Haus in der Breitscheidstraße 6 zahlreiche Personen, die von dem Überfall gehört hatten. Gegen 19 Uhr rasten mehrere Polizeifahrzeuge auf dem

---

<sup>15</sup> Aussage einer Anwohnerin, Video der Breitscheidstraße 6

<sup>16</sup> Aussagen von Anwohnern

<sup>17</sup> Aussagen von Personen, die sich in der Breitscheidstraße aufhielten

<sup>18</sup> Nach den Aussagen einer Anwohnerin wurden nur Steine auf das Haus und später vereinzelt auf Polizisten geworfen. Von den im Haus befindlichen Personen hat keine uns gegenüber Steinwürfe eingeräumt. Steinwürfe der 3 Männer und 3 Frauen aus dem Haus in die offensichtlich aggressive Menschenmenge wären auch nicht besonders schlüssig. Die Polizei behauptet, dass auf dem im Hauptausschuß gezeigten Video Steinwürfe aus dem Haus erkennbar seien. Da wir das Video nicht noch einmal genau sehen konnten, war dies nicht zu überprüfen. In einem Telefonat unmittelbar nach der Räumung des Hauses räumte die Polizei ein, dass im Haus keine Behältnisse mit Steinen gefunden wurden. Inzwischen ist selbst die Polizei von ihrer anfänglich verbreiteten und später mehrfach von ihr selbst, der GdP und der DpolG wiederholten Darstellung abgerückt, dass die ersten Steine aus dem Haus heraus geworfen wurden. (PNN vom 1.9.01)

Wir wollen nicht verschweigen, dass wir angesichts des rechtsradikalen Überfalls von der Legitimität einer Gegenwehr ausgehen.

<sup>19</sup> Darstellung der Polizei im Hauptausschuß der StVV, Aussagen von Anwohnern

<sup>20</sup> Aussage einer Anwohnerin

<sup>21</sup> Video der Polizei, das im Hauptausschuß gezeigt wurde

<sup>22</sup> Video der Breitscheidstraße 6

<sup>23</sup> Aussage eines Anwohners

<sup>24</sup> Während Personen in der Breitscheidstraße 6 „Liebe Herthafans“ hörten, behauptete die Polizei im Hauptausschuß „An alle Herthafans“ gesagt zu haben. Auf dem Video der Polizei ist zwar letzteres zu hören. Da das Video aber offenbar nur die letzte Aufforderung enthält, ist die Anrede „Liebe Herthafans“ weder nachzuweisen, noch auszuschließen.

<sup>25</sup> Aussage eines Mitglieds der Aktion Noteingang

<sup>26</sup> Aussage eines Mitglieds der Aktion Noteingang

Bürgersteig in die umstehende Menschengruppe, die sich an die Hauswand und auf die Treppe flüchtete. Aus den offenen Türen der Autos sprangen zunächst 20-30 Beamte mit Helmen und Tonfas. Ohne jede Ankündigung der Maßnahme schlugen die Polizisten sofort wahllos auf die Umstehenden ein und stürmten durch die offene Tür ins Haus<sup>27</sup>. Von Anfang an versuchte die Polizei, unliebsame Zeugen des Platzes zu verweisen, während andere Personen den durch eine Polizeikette abgesperrten Bereich nicht verlassen durften. Auf den ausdrücklich geäußerten Wunsch eines Betroffenen, dass anwesende Personen an der Durchsuchung seines Zimmers teilnehmen sollten, reagierte die Polizei nicht.<sup>28</sup> Die meisten der im Haus befindlichen Personen wurden auch am Boden liegend noch geschlagen und getreten<sup>29</sup>. Vor dem Haus wurden die Festgenommenen von Polizisten mit „Zecke“ und „Leg dich hin du Schlampe“ beschimpft.<sup>30</sup> Sie wurden mit auf dem Rücken gefesselten Händen mit dem Gesicht auf den Bürgersteig gelegt. In dieser Stellung mussten sie ca. 30 Minuten auf den Transport in den Polizeigewahrsam warten.<sup>31</sup>

### **Im Polizeigewahrsam**

Im Polizeigewahrsam wurden Telefonate mit Angehörigen und Anwälten verweigert. Stundenlang durfte die Toilette nicht benutzt werden. 4 festgenommene Männer waren in der Toilette untergebracht.<sup>32</sup> Einer jungen Frau wurde gedroht, sie müsse eine ärztliche Untersuchung bezahlen. Als sie dennoch nach langem Warten ein Arzt untersuchte, wurde sie mit einer inzwischen stark verfärbten und geschwollenen Hand zur Notaufnahme des Klinikums Ernst-von-Bergmann gefahren. Dort wurde sie ohne weiteren Kommentar der Polizisten ohne Krankenkarte im Eingang abgestellt. Die Frau war mehr als 2 Wochen arbeitsunfähig. Nach wenigen Stunden wurden alle freigelassen. Am nächsten Tag wurde einem jungen Mann ärztlich ein Nierenriss bescheinigt.<sup>33</sup>

### **Verhalten der Polizei im geräumten Haus**

Unmittelbar nach der Stürmung des Hauses begannen Beamte der LESE die Einrichtung des Hauses kaputtzuschlagen.<sup>34</sup> Nach der Rückkehr ins Haus am 27.08.01 waren Sachschäden von mehreren tausend DM festzustellen.<sup>35</sup> Insbesondere waren Möbel umgestoßen, Plattenspieler, Lautsprecherboxen und andere Tontechnik zerschlagen

---

<sup>27</sup> eigene Beobachtungen der VI und weiterer Anwesender

<sup>28</sup> dito

<sup>29</sup> Aussagen von Geschädigten und eigene Beobachtungen der VI

<sup>30</sup> Aussagen eines Mitglieds des SJV Die Falken, von Mitgliedern der OLL, Betroffenen und eigene Beobachtungen der VI

<sup>31</sup> dito

<sup>32</sup> Aussagen von Festgenommenen und Angehörigen

<sup>33</sup> Aussagen von Festgenommenen und ärztliche Atteste

<sup>34</sup> eigene Beobachtungen der VI und eines anwesenden Journalisten

<sup>35</sup> Schadensbilanz der Bewohnerinnen

Der genaue Wert der geschätzten Zeitwerte konnte von der VI mangels Sachkenntnis nicht geprüft werden, so dass eine genaue Berechnung der Schadenshöhe nicht möglich war. In jedem Fall entstand aber ein Schaden von einigen tausend DM.

sowie Schallplatten in der Mitte durchgebrochen worden.<sup>36</sup> Persönliche Gegenstände wie Photos, Kontoauszüge und Telefonrechnungen mit Einzelgesprächsnachweisen waren nicht mehr auffindbar.<sup>37</sup> Im Partyraum fehlten Bargeld und geringe Mengen alkoholischer und alkoholfreier Getränke.<sup>38</sup> Der Bereich hinter dem Tresen und ein Sofa rochen penetrant nach Urin.<sup>39</sup> Es bestehen keinerlei Zweifel daran, dass diese Schäden mutwillig herbeigeführt bzw. die fehlenden Gegenstände durch Polizisten entwendet wurden.<sup>40</sup>

## Waffenfunde und Diebesgut

In den Tagen nach dem Einsatz behauptete die Polizei, sie habe in der Breitscheidstraße Waffen und Diebesgut sichergestellt. Bei den Waffen handelte es sich nach unseren Recherchen um eine frei käufliche Schreckschusspistole und ein ca. 25 Jahre altes Luftdruckgewehr, das bereits mit Klebeband zusammengehalten wurde.<sup>41</sup> Erst später brachte die Polizei noch eine Zwillie ins Gespräch, mit der angeblich Stahlkugeln verschossen werden können.<sup>42</sup> Allerdings musste die Polizei einräumen, dass die Zwillie auseinandergebaut und ohne jede Munition gefunden wurde.<sup>43</sup>

Auf Nachfrage teilte die Polizei mit, dass das Diebesgut die beiden beschlagnahmten Fahrräder, ein Kondomautomat und eine Computerfestplatte seien<sup>44</sup>. Nach unseren Recherchen können die Besitzerinnen für beide Fahrräder<sup>45</sup>, den Kondomautomaten<sup>46</sup> und den Computer wurde nebst Festplatte<sup>47</sup> ihren rechtmäßigen Besitz belegen.

Inbesondere im Falle des Kondomautomaten und der Festplatte ist eine polizeiliche Recherche, ob die Gegenstände Diebesgut sind, am Wochenende in wenigen Nachtstunden gar nicht möglich. Offenbar diente die Erwähnung von Waffenfunden und Diebesgut in der kurz nach dem Einsatz herausgegebenen Pressemitteilung vorrangig der Rechtfertigung des Polizeieinsatzes durch Kriminalisierung des Wohnprojektes Breitscheidstraße 6.

---

<sup>36</sup> Dokumentationen im Potsdamer Stadtfernsehen und der MAZ vom 28.08.01

<sup>37</sup> Auskunft von Betroffenen

<sup>38</sup> Aussagen von Zeugen, denen gegenüber ein am Einsatz beteiligter Polizist auf einer Party mit den Zerstörungen und dem Austrinken der Getränke geprahlt hatte

(Die von der Polizei als Beweis angeführte Getränkequittung einer Tankstelle ist u.E. nicht geeignet, zu belegen, dass die Polizei die Getränke in der Breitscheidstraße nicht verbraucht hat.)

<sup>39</sup> eigene Beobachtungen der VI, sichergestellter Sofabezug

<sup>40</sup> Unmittelbar vor der Räumung des Hauses befanden sich zahlreiche Zeugen im Haus, die bestätigen können, dass die zerstörten Gegenstände zu diesem Zeitpunkt noch heil waren. Das belegt zumindest für einige Räume auch das von der Polizei im Hauptausschuß gezeigte Video. Der bewusste Ausschluß von Vertretern der Betroffenen von der Teilnahme an der Durchsuchung verstößt nicht nur gegen die Strafprozessordnung, sondern legt den Verdacht nahe, dass die Polizei von vornherein unabhängige Zeugen der Maßnahme ausschließen wollte.

<sup>41</sup> Auskünfte von Bewohnern

<sup>42</sup> Polizeidirektor Peter Schultheiß im Potsdamer Stadtfernsehen

<sup>43</sup> dito

<sup>44</sup> telefonische Auskunft der Pressestelle des Polizeipräsidiums gegenüber der VI

<sup>45</sup> Aussagen der Besitzerinnen und Kaufbelege

<sup>46</sup> schriftliche Schenkungsbestätigung des Vereins Paragraph 13

<sup>47</sup> Kaufbeleg

Bis heute wurden die von der Polizei zu Unrecht verbreiteten Tatsachen von ihr nicht öffentlich richtig gestellt.

## Ergebnis

Die Polizei hat rechtsextremistische Straftaten im Stadion und auf dem Weg zur S-Bahn nicht konsequent unterbunden. Stattdessen ist sie gleich in mehreren Fällen gegen diejenigen aktiv vorgegangen, die sich rechten Tendenzen zumindest verbal entgegengestellt und die viel beschworene Zivilcourage gegen Rechtsextremismus aufgebracht haben.

Besonders problematisch ist die Tatsache einzuschätzen, dass die Polizei ihr vorgeworfenes Fehlverhalten mit angeblichen Provokationen der Hausbesetzer vor dem Spiel rechtfertigte.<sup>48</sup>

Mit dieser Taktik der eigenen Verteidigung erklärte die Polizei gleichzeitig den später (von obendrein an den Plänkeleien vor dem Spiel völlig unbeteiligten Personen) erfolgten rechten Überfall auf das Haus als verständlich und legitim. Diese polizeiliche Imagepflege durch Verharmlosung rechter Gewaltstraftaten führte wohl zu der ungewöhnlich großen öffentlichen Empörung gegen den Polizeieinsatz.

Für die Räumung der Breitscheidstraße 6 fehlte von vornherein jegliche Rechtsgrundlage. Inzwischen hat selbst die Polizei eingeräumt, dass der behauptete Angriff der Hausbesetzer nicht erfolgt ist. Selbst wenn überhaupt Steine zurückgeworfen wurden, war dies durch Notwehr gerechtfertigt, da ein gegenwärtiger Angriff von Rechtsextremisten vorlag und offensichtlich nicht davon auszugehen war, dass die Polizei zu einem effektiven Schutz in der Lage war.

Darüber hinaus hätte die polizeiliche Maßnahme angekündigt und die Anwendung unmittelbaren Zwangs zusätzlich angedroht werden müssen. Der Ausschluss von Vertretern der Bewohner bei der Durchsuchung war ebenso rechtswidrig wie die offensichtlich gezielte Suche nach „Zufallsfunden“ (Fahrräder, Festplatten, Kondomautomat) bei Gegenständen, deren erster Augenschein keineswegs auf Diebesgut schließen lässt. Die Beschlagnahme von persönlichen Gegenständen und Vereinsunterlagen war durch keinen erkennbaren Ermittlungszweck gedeckt.

Die entwürdigende Behandlung bei der Festnahme und im Polizeigewahrsam lassen Rückschlüsse darauf zu, dass insbesondere die Beamten der LESE tatsächliche oder vermeintliche Hausbesetzer nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft ansehen. Besonders bedenklich ist dabei, dass mit Begriffen wie „Zecke“ sogar auf rechtsextremistisches Vokabular zurückgegriffen wird. Der Volksinitiative liegen inzwischen mehrere Berichte aus anderen Städten vor, die bestätigen, dass die LESE nicht zum ersten Mal durch Übergriffe und Beleidigungen gegen linke Jugendliche aufgefallen ist. Begriffe wie „Zecken“ oder „Zeckenschweine“ scheinen bei der LESE

---

<sup>48</sup> So versuchte die Polizei, den Umstand, dass es bereits bei der Anreise einige Wortwechsel wegen rechter Äußerungen von Herthafans gegeben hatte, bei 34 Grad Außentemperatur einige Wasserspritzer aus dem Haus erfolgten und die Anreise der Herthafans gefilmt wurde, als Provokation der Besetzer darzustellen.

zum normalen Sprachgebrauch zu gehören. Die entsprechenden Strafanzeigen sind sicher auch im PP Potsdam bekannt.

Das Verhalten der Polizei im geräumten Haus ist schlichtweg als kriminell einzuschätzen. Offenbar haben Polizisten die Situation gezielt ausgenutzt, um mutwillig fremdes Eigentum zu zerstören und das Haus unbewohnbar zu machen. Da in dieser Phase des Einsatzes auch der möglicherweise den Beamten zugute zu haltende Stress der Räumungssituation nicht mehr vorhanden war, treten hier bedenkliche (Un)wertvorstellungen zutage, die dringend untersucht werden und auch personelle Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei ist bis heute vor allem auf das Abstreifen offensichtlich berechtigter Vorwürfe und die Kriminalisierung kritischer Stimmen gerichtet. Nur gegen den Widerstand der Polizei ist es nach und nach gelungen, die Ereignisse des 25.08.01 weitgehend seriös zu recherchieren und öffentlich zu machen. Dass eine Behörde, die ein eigenes Interesse daran haben sollte, Dienstvergehen und Straftaten vermeintlicher schwarzer Schafe aufzuklären, nichts zu dieser Aufklärung beiträgt, wirft die Frage auf, ob die schwarzen Schafe dort nicht längst den Ton angeben.

Der Polizeiskandal um das DFB-Pokalspiel am 25.08.01 zeigt also einmal mehr die Grundprobleme der Polizei: mangelnde Distanz zu rechtsextremistischen Denk- und Verhaltensmustern, ausgeprägter Korpsgeist und das Fehlen wirksamer Kontroll- und Beschwerdeinstanzen.



## **Verdattung, Ausreiseverbote und Meldeauflagen**

Auch in Brandenburg werden globalisierungskritische AktivistInnen mit Repressionen überzogen und geraten in die staatliche Kriminalisierungsmaschinerie. Ein Beispiel aus Neuruppin.

Am 13. Juni machten sich Stefan und Anja auf den Weg nach Göteborg, um gegen den dort stattfindenden EU-Gipfel zu demonstrieren. Stefan kam gar nicht erst in Göteborg an. Ca. zehn Kilometer vor dem Ziel wurde der Bus, in dem Stefan und Anja saßen, von der schwedischen Polizei angehalten. Mit neun anderen Leuten wurde er ohne Begründung mitgenommen. Sie wurden erst mal zum Knast gebracht, wo sie ungefähr 30 Stunden bleiben mussten. Dann wurden sie nach Hamburg abgeschoben. Stefan wurde als Begründung gesagt, dass er angeblich ein verurteilter Gewaltverbrecher sei. Das wussten sie von „den Deutschen“. Stefan hat bisher erst einmal vor Gericht gestanden: 1999 sollte er angeblich in Neuruppin das Kreiswehrrersatzamt mitbesetzt haben. Er wurde freigesprochen und bekam eine Entschädigung. Anschließend beantragte er die Löschung seiner Daten. Die Polizei schickte ihm einen Brief, in dem sie bestätigten, dass seine Daten gelöscht seien. Aber wie kommen Stefans Daten, die eigentlich gelöscht wurden zu den schwedischen Polizeibehörden? Und dann auch noch falsche Daten? Anja durfte weiter nach Göteborg fahren. Sie wurde dort ebenfalls grundlos von der Polizei festgenommen und saß fast zwölf Stunden in einem Gefangenenbus, selbstverständlich

ohne etwas zu essen oder zu trinken zu bekommen. Wieder in Neuruppin, einige Wochen später: Zwei Beamte der MEGA fragen im alternativen Jugendprojekt „MittenDrin“ nach Anja, Stefan und vier weiteren Personen, deren Namen noch am Briefkasten von den beiden – die zwei wohnen gemeinsam in einer WG – stehen. Es wurde ihnen keine Auskunft gegeben. Wenig später riefen sie bei der Geschäftsleiterin des „MittenDrin“ an und wollten wissen, wo Anja und Stefan seien, da sie sie zu Hause nicht antreffen würden. Und ob sie wüsste, ob die beiden denn vorhätten, nach Genua zu fahren. Auch dort erhielten sie keine Auskunft. Einige Tage später passten sie Stefan und Anja vor deren Haustür ab. Sie stellten sich als Kripo Oranienburg vor. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass die beiden (Herr Krull und Frau Beyerlein) von der MEGA (Mobile Einsatztruppe gegen rechte Gewalt und Ausländerfeindlichkeit) sind. Sie führten mit Stefan und Anja eine so genannte Gefährdenansprache durch: Sie dürften gerne nach Genua oder Bonn (dort fand der Weltklimagipfel statt) fahren, sollten sich dort aber bitte an die Gesetze halten. Einige Tage später fingen sie Anja ca. 50 Meter vor ihrer Haustür ab und übergaben ihr feierlich einen Brief – sie erhielt Meldeauflagen; allerdings „nur“ für drei Tage. Begründet wurden diese mit der Behauptung, dass in Schweden angeblich ein Strafverfahren gegen sie laufe. Indes setzte sich Stefan mit der Brandenburger Datenschutzbehörde in Verbindung. Diese recherchierte folgendes: Die Polizei hatte zwar Stefans Daten gelöscht, das BKA (dem solcherlei Daten ebenfalls zur Verfügung gestellt werden) jedoch nicht. Wegen dieser rechtswidrigen Nichtlöschung der Daten saß Stefan 30 Stunden im Knast und wurde dann abgeschoben. Danke liebes BKA.

.....

aus aktuellem Anlass:

### ***Anna und Arthur halten immer noch das Maul!***

Man glaubt ja gar nicht, wie oft Anna bzw. Arthur in Quassellaune geraten. Oft bilden sie sich ein, sie wären zur Aussage verpflichtet oder eine solche wäre von (persönlichem) Vorteil. Möglicherweise gibt es Druck von den Eltern oder von Mitbeschuldigten. Auch die Überlegung, man hat sich (wirklich) nichts vorzuwerfen oder kann den Bullen eine schöne Geschichte erzählen, spielt eine Rolle.

Es sind zwei Situationen auseinander zuhalten: Einmal die Vernehmung als Beschuldigter und zum anderen die als Zeuge.

#### **Die Beschuldigtenvernehmung:**

-Beschuldigte sind grundsätzlich nicht zur Aussage verpflichtet. Sie müssen nur *Angaben zur Person* machen. Diese sind: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Beruf. Es reicht, wenn der Beruf allgemein (z.B. Lehrling, Schüler, Student) genannt wird. Nähere Angaben (z.B. Name oder Anschrift des Arbeitgebers) brauchen nicht gemacht werden.

-Eine Pflicht zum Erscheinen besteht nur bei der Staatsanwaltschaft oder dem Richter. Aber auch dort müssen nur Angaben zur Person getätigt werden. Man kann

zudem darauf bestehen, dass noch vor der Vernehmung der Anwalt hinzugezogen wird.

Wer eine Beschuldigtenvorladung zur Polizei bekommt, sollte diese getrost ignorieren (aber möglichst einen Rechtsanwalt, der z.B. Akteneinsicht beantragen kann, aufsuchen). Es ist auch schon manchmal vorgekommen, dass Beamte dann zu Hause oder in der Schule aufgekreuzt sind. Um so was zu verhindern, ist es günstig, den Bullen (möglichst über einen Anwalt) die Angaben zur Person schriftlich zu übersenden und mitzuteilen, dass man keine Aussage macht.

-Es ist **immer** besser, keinerlei *Aussagen zur Sache* zu machen! Dies führt auch nicht dazu (wie von den Bullen oft behauptet), dass man -falls man im Gewahrsam ist- länger drin bleibt. Das Gegenteil ist der Fall.

Je dicker eine polizeiliche Akte (durch Vernehmungsprotokolle) wird, desto unwahrscheinlicher ist es auch, dass der Staatsanwalt die Sache als noch unwichtig oder nicht ermittelbar ansieht, und das Verfahren einfach einstellt.

Sehr oft sind die Ermittler zwingend auf Hinweise von (dämlichen!) InformantInnen, die gegen sich selbst oder gegen GenossInnen aussagen, angewiesen. Andererseits ist ein Drängen nach Aussagen nicht zu erwarten, wenn der Fall schon anhand anderer Beweise geklärt ist.

Wer wirklich was mitteilen will, kann dies (nach Vorbereitung mit GenossInnen/AnwaltInnen) auch noch vor Gericht tun.

-Wer die Aussage verweigert, muss dies komplett tun. Aus dem Umstand, dass die Aussage verweigert wurde, können und dürfen nur dann negative Schlüsse gezogen werden, wenn sich die Verweigerung lediglich auf einzelne (unangenehme) Fragen bezieht.

-Aussagen sind oft unsolidarisch.

abschreckendes reales Beispiel: Es gibt zu einer Tat, die nur einer begangen haben kann, zwei Verdächtige. Wenn nur einer ein Alibi hat und dieses auch mitteilt, hat er damit den anderen unweigerlich ans Messer geliefert! (Wenn dagegen unklar bleibt, wer von beiden es war, müssen beide laufengelassen werden.)

-Der/die Beschuldigte, der/die sich unbedingt bei der Polizei ausquatschen will, darf -solange er damit nicht andere Personen wahrheitswidrig konkret belastet- zu seinen Gunsten lügen. Niemand sollte sich aber darauf verlassen, ein überzeugender Schauspieler zu sein. Die Vernehmungen werden i.d.R. durch professionelle Vernehmer der Kripo, deren Beruf es nun mal ist, Leute auseinanderzupflücken, durchgeführt.

Und Vorsicht: Wer im Beisein von Bullen (z.B. in der Wanne oder auf dem Weg ins Vernehmungszimmer) irgendwelche Sachen erzählt, macht noch keine Aussage, aber der (sich kumpelhaft gebende) Bulle kann als ZeugeIn der Äußerungen vernommen werden.

abschreckendes reales Beispiel: Eine Genossin, die zu einer Demo fuhr, wurde auf dem Weg dorthin von Bullen kontrolliert und gefragt, ob sie zur Demo will. Sie sagte einzig das Wort „Ja“. Da sie ein gefährliches Werkzeug (so was kann fast

alles sein) dabei hatte, bekam sie eine Strafanzeige wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, weil gefährliche Gegenstände auf Demos verboten sind. Obwohl sie nunmehr die Aussage verweigerte, wurde sie verurteilt, denn der Bulle konnte deshalb, weil das Wort „Ja“ gefallen war, bezeugen, dass die Genossin mit dem gefährlichen Werkzeug nicht zur Arbeit oder ähnlichem sondern zu einer Demo wollte.

### **Die Zeugenvernehmung:**

-Wer als ZeugeIn bei der Polizei erscheint, wird nur über ein eventuelles Zeugnis- oder Aussageverweigerungsrecht belehrt, was den falschen Schluss nahe legt, er/sie wäre ansonsten zur Aussage verpflichtet. Aber auch ZeugeInnen müssen nicht bei der Polizei erscheinen oder dort aussagen!

-Nur bei der Staatsanwaltschaft und vor dem Gericht besteht die Pflicht zum Erscheinen. Anders als Beschuldigte müssen ZeugeInnen auch Angaben zur Sache machen. Allerdings nur dann, wenn sie sich nicht auf Zeugnis- oder Auskunftsverweigerungsrechte berufen können.

-Ein Zeugnisverweigerungsrecht haben zum Beispiel Verwandte (auch Verlobte!), Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten, Drogenberater, Pfarrer und Abgeordnete. Auskunftsverweigerungsberechtigt sind die Personen, die mit ihrer Aussage sich selbst oder Angehörige belasten würden.

-Immer dann, wenn man deshalb als ZeugeIn vorgeladen wurde, weil man selbst jemanden angezeigt hat, kann es sinnvoll sein, eine Aussage zu machen. Aber Vorsicht: Wer z.B. einen Bullen angezeigt hat, kann damit rechnen, dass dieser mit einer Gegenanzeige (z.B. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) gekontert hat. Dann wird man zwar als ZeugeIn geladen aber als BeschuldigteR angesehen. Selbst wenn keine Gegenanzeige vorliegt, ist es beliebt, politisch engagierte Leute bei einer Zeugenvernehmung z.B. durch geschickt eingebaute weiterführende Fragen zur Person und zum persönlichen Umfeld, die mit dem eigentlichen Fall nichts mehr zu tun haben, zu durchleuchten. Im Zweifel ist es besser, einen Anwalt zu konsultieren oder nachzufragen, ob man die Aussage schriftlich machen kann.

Wer mit dem Verhalten der Bullen, weil diese verbotene Methoden (z.B. Drohungen, Täuschungen, Versprechen von Vorteilen) anwenden oder einfach nur unhöflich sind, nicht einverstanden ist, sollte eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen.

Es hat sich übrigens eingebürgert, dass Leute, die z.B. bei einer Demo festgenommen wurden, mit der Begründung, sie seien noch zu verhören, mehrere Stunden festgehalten werden. Da der Wille der Polizei, jemanden verhören zu wollen, aber kein gesetzlicher Gewahrsamsgrund ist, sollten sich Betroffene überlegen, ob sie eine Strafanzeige gegen die Polizei wegen Freiheitsberaubung stellen.

Literaturhinweis: „Erste Rechtshilfe“ (Rolf Gössner)  
von Biggi und Bernd

\*\*\*\*\*

## Tipps

### **Gedächtnisprotokolle stellen immerhin eine Hilfe dar, ...**

Nach Veranstaltungen, Aktionen und Ereignissen, bei denen es zu Festnahmen, Übergriffen und oder ähnlichen Ereignissen gekommen ist, lohnt es sich immer, ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen.

Da eventuelle Prozesse oft nach Monaten oder sogar Jahren erst anfangen, ist es immer wieder schwer nachvollziehbar, wie die konkrete Situation "damals" gewesen war. Oft gehen wichtige Details verloren. Prozessstrategien können dann nur schwer kontinuierlich durchgezogen werden, wenn unterschiedlichste Ereignisbeschreibungen auflaufen. Darum an dieser Stelle nur kurz die Grundzüge eines Gedächtnisprotokolls.

Vorweg nochmals: Ein Gedächtnisprotokoll darf weder dich noch andere belasten und enthält ausschließlich Fakten! Vermutungen, Emotionen, persönliche Lageeinschätzungen haben hier wirklich gar nix zu suchen!

Am Anfang sollte der Name der/des VerfasserIn, das genaue Datum und die Uhrzeit des Ereignisses und der genaue Ort des Geschehens (Straße, Kreuzung, Ampel etc.) stehen. Dann sollte das Beobachtete so genau wie möglich beschrieben werden. Hierbei spielen unter anderem folgende Fragen eine Rolle:

- Wer wurde festgenommen/angegriffen?
- Wurde dabei Gewalt ausgeübt?
- Wie waren die Bullen ausgerüstet bzw. mit welchen Mitteln wurde vorgegangen?
- Wurde jemand verletzt - wodurch, durch wen genau, z.B. Einheit, Kennzeichen von der Wanne oder vom PKW?
- Eventuelle Reaktionen von umherstehenden Bullen - z.B. anfeuern, klatschen oder eingreifen.
- Sind Namen oder Dienstnummern der Bullen bekannt?
- Wurde medizinische Hilfe durch die Bullen zugelassen oder geleistet?
- Sind Gründe für die Verhaftung / den Übergriff genannt worden?
- ....

Dann zum Schluss nur noch so viel - wenn ihr Skizzen, Fotos oder Videomaterial beifügen könnt, macht das natürlich Sinn. Gedächtnisprotokolle sollten niemals per Post, Fax oder E-Mail geschickt werden. Gebt sie am besten bei euer örtlichen Rechtshilfe oder Rote-Hilfe-Gruppe ab. Die besprechen dann alles weitere mit euch.

### **Erste (Rote) Hilfe**

Wer es mit Polizei, Geheimdiensten oder Justiz zu tun bekommt, für den liefert der Ratgeber „Erste Rechts-Hilfe“ von Rolf Gössner konkrete Verhaltenstips, die

verständlich formuliert und übersichtlich zusammengefasst sind. Von der Vorladung bis zur Wohnungsdurchsuchung, von der Beschlagnahme bis zum Lauschangriff, von der Demonstration bis zum Gerichtsverfahren wird (teilweise an Beispielen) die Rechtslage erläutert.

Ein weiteres Antirepressionshandbuch heißt „durch die Wüste“ ([www.unrast-verlag.de](http://www.unrast-verlag.de)) und ist von einem linken AutorInnenkollektiv. Es gibt ebenfalls praktische Hinweise und stellt zudem politische Entwicklungen und Zusammenhänge dar.

### **Wurden Briefe geöffnet?**

Zu erst sollte geklärt sein, dass heute Briefe nicht mehr geöffnet werden müssen, um den Inhalt zu lesen. Wenn dies geschieht, dann hat es einen anderen Zweck. Einschüchterung...

Doch wie kann ich erkennen, ob der Brief aufgetan wurde? Voraussetzung ist ein Umschlag mit einem so genannten Selbstklebehaft-Verschluss. (Dieser sollte nicht jahrelang im Schrank abgelagert sein.) Ob gewollt von den Entwicklern oder nicht, beim zügigen Aufreißen reflektiert der Kleber unter UV-Licht - eine Halogenleuchte reicht aus - einen blauen Schimmer. Und dies nur beim ersten Öffnen!!! Auch muss sich die Lasche ohne Künste verletzungsfrei öffnen lassen. Also: Briefe nie zusätzlich verkleben!! Um vorzubeugen, dass der Umschlag gewechselt wird, sollte kein Fensterumschlag verwendet werden und die Adresse handschriftlich sein. Sind Adresskleber mengenbedingt unumgänglich, muss eine andere Sicherheit benutzt werden, die wir an anderer Stelle besprechen werden.

\*\*\*\*\*

### **Kurzmeldungen**

#### **Illegale Methoden unserer Gesetzeshüter**

Obwohl die Polizeibefugnisse mit der Änderung des Polizeigesetzes im Dezember 2000 erneut erheblich ausgeweitet wurden, ist die brandenburgische Polizei in den letzten Monaten mehrfach sogar über ihre weitreichenden Befugnisse hinausgegangen.

Bereits vor einigen Wochen wurde dem Widerspruch gegen Aufenthaltsverbote (anlässlich des Castortransportes aus Rheinsberg) durch das Oranienburger Polizeipräsidium stattgegeben.

Wenig später erklärte das Potsdamer Amtsgericht die „Durchsuchung“ des Wohnprojektes in der Potsdamer Breitscheidstraße 6 für rechtswidrig.

Nunmehr gab das Polizeipräsidium Oranienburg auch noch einem Widerspruch gegen die anlässlich des G 8-Gipfels in Genua erteilten Meldeauflagen zur Verhinderung einer Ausreise statt.

Alle drei Polizeieinsätze waren vom Innenausschuss des Landtages diskutiert und für rechtmäßig erklärt worden. Offenbar ist nicht nur die Polizei damit überfordert, den Stellenwert der Individualrechte zu berücksichtigen, sondern auch der dafür zuständige Landtag nicht in der Lage, eine effektive Kontrolle der Polizei sicherzustellen. (Einzelheiten unter: [www.polizeibrandenburg.de](http://www.polizeibrandenburg.de))

### **Aufkleber in Eberswalde (unkommentiert)**

Im Eberswalder Stadtgebiet sind Aufkleber mit dem Zeichen der terroristischen Rote Armee Fraktion (RAF) aufgetaucht. Der Schriftzug sei durch „SAF“ ersetzt. Dies steht laut Polizei für „Schwarze Armee Fraktion“. Die Aufkleber wurden auf Verkehrsschildern, Bänken und Papierkörben entdeckt. Zudem seien linksextremistische Schriftzüge wie „Beklaut Bonzen“ oder „Bewaffnet Euch und tötet gezielt Nazi Funktionäre“ festgestellt worden.

### **"Soko Linksextremismus" und Verschärfung des Demorechts in Sachsen**

Nachdem es am 01.09.01 in Leipzig bei einem Aufmarsch rechtsextremer Gruppen zu Ausschreitungen kam, gründete Sachsen jetzt nach einer "Soko rechts" auch eine Sonderkommission gegen linksextremistische Gewalt. Die neue Sondereinheit soll, um Missverständnissen vorzubeugen, "Soko Linksextremismus" heißen und etwa 20 bis 25 Mitarbeiter erhalten. Erste Überlegungen dazu gebe es bereits seit längerem, teilte der Sprecher des Innenministers, Thomas Uslaub, mit. Sie wurden konkretisiert, nachdem ein Polizeifahrzeug durch einen Brandanschlag von Linksautonomen beschädigt worden war. Seit einiger Zeit existiert in diesem Kontext ja schon die "Limo"-Datei. In dieser werden Personen erfasst, die bei oben einschlägigen "Straftaten" gefasst oder ED behandelt werden. Innenminister Hardraht will zugleich eine Bundesrats-Initiative auf den Weg bringen, die eine Änderung des Versammlungsgesetzes vorsieht, um absehbar gewalttätige Demonstrationen einfacher zu verhindern. Zum einen soll die Definition des so genannten Polizeinotstands verändert werden, um vor Gericht leichter den schwierigen Nachweis zu erbringen, dass angemeldete Demonstrationen ein zu großes Sicherheitsrisiko enthalten könnten. Zum anderen soll das Versammlungsrecht dahingehend verändert werden, dass Demonstrationen auch dann schon abgelehnt werden können, wenn sich konkrete Hinweise darauf ergäben, "dass sich gewaltbereite Demonstranten unter friedliche Teilnehmer mischen", erläuterte der Sprecher des sächsischen Innenministeriums.

### **Sperrstunde durchgesetzt**

Am 28.10.01 früh gegen 2:00 Uhr kam es in der Ludwig-Richter-Straße in Potsdam zu einem weiteren fragwürdigen Polizeieinsatz. Gegen 00:00 Uhr kamen 3 normale Polizeibeamte, um auf einer Geburtstagsparty mitzuteilen, dass sich abgelegene Nachbarn von der Lautstärke beeinträchtigt fühlen und fragten, ob es etwas leiser geht.

Die Anlage wurde daraufhin runtergedreht, mit den direkten Anwohnern und Nachbarn war die kleine Feier (ca. 20-25 Personen) abgesprochen und selbst im Nachhinein gab es keine Beanstandungen. Dann gegen 2:00 Uhr kamen 5 Einsatzwagen mit etwa 20 Bullen (Durchschnittsalter des Zuges war höchstens 20 Jahre). Sie lösten die Party auf dem Dachboden auf, es kam zu Gewaltanwendungen gegen 2 Frauen. Die Bullen drangen auch in zwei Wohnungen ein, ohne Zustimmung der Mieter oder der Vermieter, ohne Durchsuchungsbefehl und mindestens teilweise unter Gewaltanwendung an der Wohnungstür. In der ersten wohnten stinknormale Mieter, deren Sohn mit

Waffengewalt aus dem Bett geholt wurde, nachdem die Wohnungstür aufgebrochen wurde; ebenso wurde gedroht den Hund zu erschießen.

In der zweiten Wohnung hielten sich noch mehrere Partygäste sowie einige Nachbarn aus dem Haus auf, Musik lief nicht. Diese Wohnung wurde bis auf die Mieter geräumt. Anderen Nachbarn wurde untersagt, in dieser Nacht noch Gäste zu haben. Anfragen nach der rechtlichen Handhabe, den Dienstnummern oder dem Einsatzleiter wurden mit Spott abgetan.

### **Repressionseliteverbände in Brandenburg jetzt Schönbohm direkt unterstellt**

Die 4 vorher bei der LESE und dem LKA angesiedelten Spezialtruppen (Spezialeinsatzkommando - SEK; Mobile Einsatzkommando - MEK; Techniker- und Verhandlungsgruppe) sind nun direkt dem Innenminister Schönbohm unterstellt. Damit sollten internen Konkurrenzen bei den Bullen entgegengewirkt, Schlagkraft und Effizienz erhöht werden. Abhören, Observieren, Roll- und Räumkommandos gibt es jetzt also aus einer Hand. Durch diese Straffung, kombiniert mit den bereits häufiger eingesetzten Rotten von MEGA, TOMEK, LESE sowie der politischen Polizei vom Kommissariat 4 und dem brandenburgischen Polizeigesetz, steht dem Rechtsaußen-Hardliner der CDU nun ein Sammelsurium von Möglichkeiten zur Verfügung, mit dessen Hilfe er den von ihm erkannten, „real existierenden Linksextremismus“ in Brandenburg „endlich“ bekämpfen wird.

### **Jetzt tun Sie mal nicht so, als ob Sie nicht wüssten was Hakenkrallen sind!!**

Der hier als Überschrift benutzte Satz stammt aus dem Munde eines Polizeibeamten, zu einem Menschen, welcher sich einer Personenkontrolle unterziehen musste. Auf die Frage nach dem Grund für die Kontrolle wurde dem betroffenen Menschen geantwortet: "Anschlag - Hakenkralle! - Ganz Frisch!" (übrigens O-Ton der Polizei).

Ganz so lustig ist der Fall dann aber doch nicht wirklich. Im fast unmittelbaren Anschluss an einen geglückten Hakenkrallenanschlag auf die Oberleitung einer DB-Strecke hat die Polizei in Potsdam sich vor besetzten Häusern, legalen Wohnprojekten und legalen Wohnungen postiert und Menschen, die raus oder rein kamen, nach ihren Ausweisen gefragt und teilweise Leibesabtastungen vorgenommen. Dieser Fall zeigt deutlich, wie massiv verdachtsunabhängige Kontrollen durch die Polizei ausgeweitet werden können und dann auch durchgeführt werden. Ohne eine wirkliche rechtliche Grundlage werden Menschen kontrolliert und nur durch das bloße Aufhalten an einem Ort in ein bestimmtes Raster gefasst und stehen in Zukunft auf einer oder vielen Listen. Schöne neue alte Überwachungs-Rasterfahndungs-Schleierfahndungswelt!

\*\*\*\*\*

### **Der Anti-Terror-Krieg nimmt Zapatistas ins Visier**

Keiner der Fernseher im Lakandonischen Urwald war am 11. September ohne ZuschauerInnen. Die Bestürzung über die Ereignisse von New York und Washington war groß. Doch es mischte sich gleichfalls Nachdenkliches über die nun zu erwartenden

Reaktionen seitens der amerikanischen Regierung in die Gespräche mit ein. Nicht vergessen waren die Aktionen des mexikanischen Militärs 1994 zu Beginn der Offensive gegen die EZLN. US-amerikanische Hubschrauber warfen Bomben auf Dörfer und Schweizer Jets pumpten in amerikanischen Waffenfabriken hergestellte Bomben in die Rebellendörfer.

Damals wie heute bezeichnet die mexikanische Regierung die EZLN als einen "Haufen von Terroristen". Damals wie heute fließt Material und Geld nach Mexiko. Gleich zu Beginn des "Feldzuges gegen den Terror" haben amerikanische Behörden ihre "Borderpolice" an der Grenze zu Mexiko verstärkt. Chiapas liegt sowohl für die mexikanischen als auch für die US-amerikanischen Militärstrategen in einer Zone der zu "schützenden" inneren Sicherheit. In Chiapas gibt es Erdöl, Uran und andere Bodenschätze, deren Ausbeutung unweigerlich zu verteidigenden Aktionen der indigenen Bevölkerung führen wird. Genau da greift dann die Bush-Politik: "Entweder für uns oder für die Terroristen" Und für die Terroristen sein heißt, selbst ein Terrorist sein, und im Falle Mexiko bedeutet dieses, dass unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung der mittlerweile "ruhende" Krieg in Chiapas in einen heißen Krieg übergeht und die USA ihre Interessen im mexikanischen Bundesstaat vertreten werden. Natürlich werden keine Truppen einmarschieren, aber die Materialspenden und vor allem die Geldsummen, welche das mexikanische Militär seit Jahren bekommt, werden aufgestockt werden und jeder, der/die etwas dagegen sagt handelt sich den Stempel des Terroristenunterstützers ein. Somit sind dann selbst linksliberale, gemäßigte Kräfte in den Senaten der USA oder von Mexiko mundtot.

Der mexikanische Verteidigungsminister, Adolfo Aguilar Zinser, hat schon im Juni 2001 Anspielungen auf den angeblichen Aufenthalt von Hamas- und ETA- Angehörigen in Chiapas gemacht, und auch auf die "Missionsarbeit" muslimischer Religionsgemeinschaften wurden die mexikanischen Massenmedien aufmerksam gemacht. Gerade in letzter Zeit häufen sich derlei Berichte wieder in den Zeitungen. Auch zwei Sprengstoffanschläge aus der Vergangenheit müssen herhalten, um den "Terrorismusbegriff" geläufiger zu machen und die Angst zu schüren, jeden Moment könnten irgendwo Bomben explodieren und Tausende von Menschen in den Tod reißen.

Bei den beiden nächtlichen Anschlägen waren zum einen mehrere Filialen der "BANAMEX" (eine Tochter der US-Bankgesellschaft C I T I BANK) und die italienische Botschaft (aus Protest gegen die Ermordung Carlo Giuliani) die Ziele. Trotz der Aussagen von Experten der Sicherheitspolizei, dass alle Anschläge nicht konzipiert gewesen seien, um Menschen zu verletzen oder gar zu töten, müssen diese als Propaganda herhalten.

Die EZLN-Führung hat sich immer noch nicht zu den Ereignissen vom 11. September geäußert, da sie keinerlei Statements abgeben wollen, zu was auch immer, bevor nicht der oberste Gerichtshof über die Eingaben zu den "Indigenengesetzen" entschieden hat. Mit diesem Nichtverhalten öffnet die sonst so umsichtige EZLN der Propaganda alle Türen. Es ist somit ein leichtes, alle Zapatistas zu Terroristen zu stempeln. Äußert sich

aber ein Teil der Indigenas, so ist eine Spaltung perfekt, und der Krieg gegen die "Bösen" kann losgehen.

Nun ist es an der Zeit, aus den 7 Jahren Befreiungskampf in Chiapas und auch anderen Bundesstaaten Mexikos Lehren zu ziehen und der Welt, die von Washingtons Supermachtvisionen dominiert wird, deutlich zu machen, dass ein Exzeß der globalen Rache nicht nur Terroristen (wobei die Definitionsmacht immer bei den Regierenden und somit den Militärbefehlenden liegt, trifft, sondern alle sozialen Bewegungen betroffen sein werden.

\*\*\*\*\*



**Rote Hilfe e.V.**

Bundesgeschäftsstelle  
Postfach 32 55  
D-37022 Göttingen

Telefon: (0551) 770 8008  
Dienstag und Donnerstag 15 – 20 Uhr  
Fax: (0551) 770 8009  
Email: [bundesvorstand@rote-hilfe.de](mailto:bundesvorstand@rote-hilfe.de)  
Web: [www.rote-hilfe.de](http://www.rote-hilfe.de)

Rote Hilfe Bundesgeschäftsstelle,  
Postfach 3255, D-37073 Göttingen

Göttingen, 26.10.2001

**Pressemitteilung des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.  
zur Freilassung von Rolf Heißler**

Wie die Bundesanwaltschaft gestern mitteilte, ist das ehemalige RAF-Mitglied Rolf Heißler nach über 20 Jahren aus der Haft entlassen worden. Mit Zustimmung der Behörde wurde die Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt. Rolf Heißler wurde 1982 zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er im November 1978 zwei Polizeibeamten erschossen und zwei weitere schwer verletzt haben soll.

Er wurde bei seiner Verhaftung 1979 durch einen Kopfschuss schwer verletzt, überlebte nur mit Glück und hat noch heute unter den Folgen der mangelhaften medizinischen Versorgung zu leiden.

Wir freuen uns, Rolf Heißler endlich wieder in der Freiheit begrüßen zu können, und wünschen ihm alles Gute !

Die Freude über seine Freilassung soll uns jedoch nicht vergessen lassen, dass er weiter unter Bewährung steht, d.h. die Repression gegen ihn noch nicht zu Ende ist. Genauso wie wir wissen, dass die langjährige Haft, die er zum größten Teil in Isolationshaft verbringen musste, nicht spurlos an ihm vorbeigehen konnten. Die gesundheitlichen

Probleme, mit denen er als Folge der Haft sein weiteres Leben zu kämpfen haben wird, sind bekannt und waren sicherlich ein entscheidender Grund für seine Freilassung.

Wir wollen Rolf Heißlers Freilassung hier auch zum Anlass nehmen, um darauf hinzuweisen, dass noch weitere 5 Gefangene aus der RAF im Knast sitzen:

Rolf-Clemens Wagner (sitzt zur Zeit in Schwalmstadt; seit 1979 in Haft)  
Christian Klar (sitzt zur Zeit in Bruchsal; seit 1982 in Haft)  
Brigitte Mohnhaupt (sitzt zur Zeit in Aichach; seit 1982 in Haft)  
Eva Haule (sitzt zur Zeit in Frankfurt; seit 1986 in Haft)  
Birgit Hogefeld (sitzt zur Zeit in Frankfurt/Main; seit 1993 in Haft)

Adelheid Schulz, die ebenfalls 1982 verhaftet wurde, genießt seit Herbst 1998 Haftunterbrechung wegen "unkalkulierbaren Gesundheitszustands".

Sie haben alle mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und wir fordern ihre sofortige Freilassung. Sie sitzen nicht nur länger im Knast, als dies bei der Tötung eines Menschen in Deutschland "üblich" ist, sondern sind auch kontinuierlich Sonderhaftbedingungen, insbesondere der Isolationshaft, ausgesetzt.

**Für eine Aufhebung der Sonderhaftbedingungen für politische Gefangene!**

**Freiheit für die Gefangenen aus der RAF !**

**Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit !**

\*\*\*\*\*

Rote Hilfe e.V. OG Potsdam  
c/o Infoladen  
Lindenstraße 53  
14467 Potsdam  
[potsdam@rote-hilfe.de](mailto:potsdam@rote-hilfe.de)  
Sprechzeiten jeden 2. Mittwoch  
(ungrade Woche) 18.00 - 20.00 Uhr  
Spendenkonto: 151 907 703,  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Rote Hilfe e.V. Rathenow  
c/o Freibeuter e.V.  
Goethestraße 40  
14712 Rathenow  
[rathenow@rote-hilfe.de](mailto:rathenow@rote-hilfe.de)

Rote Hilfe e.V. Senftenberg  
PSF 101501  
01958 Senftenberg  
[senftenberg@rote-hilfe.de](mailto:senftenberg@rote-hilfe.de)

Rote Hilfe e.V. Frankfurt/Oder  
Auf Anfrage in einer der 3 anderen  
Adressen  
Oder beim Bundesvorstand:  
Rote Hilfe e.V.  
PSF 3255  
37022 Göttingen  
[Bundesvorstand@rote-hilfe.de](mailto:Bundesvorstand@rote-hilfe.de)

